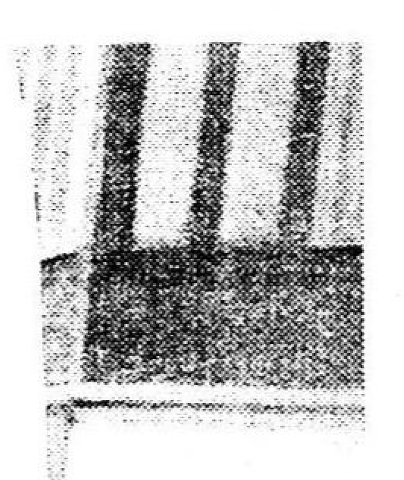


INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2^{50} DM
16.11.1995
Nr. 352

Hallo!
Raus aus dem Sommerloch - rein in die Herbstdepression? Zumindest die geringe TeilnehmerInnenzahl an den Demos in der letzten Woche spricht dafür, daß die meisten sich angesichts der Kälte lieber die Decke über den Kopf gezogen haben.
Die bundesweite Demo in Köln zu Kurdistan ist von den Bullen mit der Begründung verboten worden, "daß eine nicht geringe Anzahl von PKK-Aktivisten/Sympathisanten an der Veranstaltung teilnehmen werde". Denen, die hinfahren, wünschen wir angesichts der staatlichen Hetze dennoch 'nen gelungenen Tag.





Wo steht was?

Ordner:

- Düsseldorf: HausbesetzerInnen droht Knast
- Aufruf zum Frauen/Lesbenblock auf der Kurdistan-Demo in Köln (nicht reproduzierbar)
- Die Bundeswehr - eine ganz normale Armee
- Radikal Erbrechen: FAUle Eier und stählerne Anarchos

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

BekennerInnenschreiben
Wir haben am Morgen des 12.11.95 die Kneipe zum Afrikaner in Berlin Prenzlauer Berg angegriffen. Wir zerstörten die Rolläden und Fenster und schütteten Buttersäure in das Innere der Kneipe. In der Vergangenheit kam es aus der Kneipe heraus häufig zu Pöbeleien und Tätlichkeiten von rechten Suffköppen und Naziskinheads. Endgültig die Schnauze voll hatten wir, als vor einer Woche vor der Kneipe 3 Jugendliche mit Totschlägern angegriffen wurden, weil diese lange Haare trugen.
Wir werden das Auftreten von Nazis nicht weiter dulden und gegebenenfalls konsequent nachsetzen!!
ANTIFA HEISST ANGRIFF!!!

kommunistische und autonome Gruppen

Stand der Verfahren vom 13.6. / Nr.2

Seit dem 13.6. sind inzwischen 4 Monate vergangen.
Wie schon aus vielen anderen § 129/a - Verfahren bekannt ist, mauert die BAW grundsätzlich mit der Herausgabe von Akten, das setzt zur Zeit auch in den Verfahren vom 13.6., die Verteidigung faktisch außer Kraft. Im Klartext: Nach 4 Monaten Haft von Ralf, Andreas, Rainer und Werner liegen nicht mehr vor als zwei Ordner kopierter „radikal"-Artikel, ein Stimmgutachten zur angeblichen Identifizierung der Beschuldigten und - seit dem 21.9.95 - das Abhörprotokoll des LKA Rheinland Pfalz, von dem Treffen des angeblichen Redaktionskollektivs der „radikal" in der Eifel im Herbst `93. Dieses Treffen in Baar Wanderath stellt nach Aussagen der BAW den Ausgangspunkt der Ermittlungen gegen die jetzt Beschuldigten dar.
Der Lauschangriff war im Juni `93 vom Amtsgericht Mayen genehmigt worden, aufgrund des Verdachts, daß sich in der Eifel-Hütte Mitglieder der RAF treffen würden. Das Treffen der angeblichen „radikal" - RedakteurInnen wird von der BAW als „Zufallsfund" bezeichnet.
Die Herausgabe des Abhörprotokolls aus der Eifel, ist als direkte Reaktion aus Karlsruhe auf die Haftbeschwerde zweier RA `s zu werten - nach dem Motto: „Werfen wir ihnen ein bißchen in den Napf, sollen sie dran kauen." Die Haftbeschwerde fußte auf der fehlenden Akteneinsicht. Ein RA reagierte auf dieses abgekarterte Karlsruher Spiel mit einer Haftbeschwerde-Erweiterung, in der begründet wird, daß die „radikal" 148 keinen strafbaren Inhalt enthält.
Nun hüllt sich Karlsruhe in Schweigen.
Die Abhöraktion zog sich vom 4. Juni 1993 bis zum 5. Januar 1994 hin, zunächst legitimiert mit dem rheinland-pfälzischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz. Der Bundesgerichtshof erklärte in einem Beschluß nach vorläufiger Prüfung sei es im gegenwärtigen Verfahrensstadium zu zulassen, daß die geheim erlangten Informationen, die bislang nur „präventiv" einer unmittelbaren Gefahrenabwehr dienen sollten auch „repressiv" bei der Strafverfolgung verwendet werden dürfen.
Sowohl die Weitergabe der Daten als auch ihre strafprozessuale Verwendung sind juristisch mehr als zweifelhaft, und die anmaßende „Ermächtigung" des BGH müßte alle RechtsanwältInnen eines demokratischen Rechtsstaats herausfordern.

Am 21.9.95 hat bei Andreas, der in Lübeck einsitzt, die zweite Haftprüfung stattgefunden.
Andreas wurde von Lübeck zum Polizeipräsidium nach Hamburg transporttiert. Schon vor dem Transport wurde er an Händen und Füßen gefesselt durch die Gänge der JVA getrieben. Im Bullenauto wurden Hände und Füße zusammengebunden, so daß er nur gebückt sitzen konnte. Vorne saß ein Bulle mit MP, neben ihm einer mit Tonfa. Der Transportwagen wurde von zwei weiteren PKWs begleitet. Sowohl vor der Haftprüfung als auch hinterher wurde Andreas einer vollständigen Leibesvisitation unterzogen. Auch die Anwältin wurde kontrolliert. Während der gesamten Zeit, hatten Andreas und seine Anwältin keine Gelegenheit unüberwacht miteinander zu sprechen.
Wir denken, daß diese Behandlung, ebenso wie die verschärften Haftbedingungen, denen die vier unterliegen, der Einschüchterung, der Abschreckung und dem "Mürbemachen" dienen sollen. Eben die Behandlung, die du als linksradikaler Gefangener zu erwarten hast, wenn du nach § 129/a einfährst.
Nach Angaben von Beyer und BAW sind inzwischen Disketten teilweise entschlüsselt, die den Gefangenen zugeordnet werden. Sie sagen von Andreas gäbe es drei mittlerweile entschlüsselte Disketten. Datiert seien sie ab Frühjahr `95, inhaltlich ab Dezember `94. Inhaltlich ginge es in erster Linie um Diskussionen (z.B. Kontakt zu anderen Zeitschriften wie „interim") und verfahrenstechnische Fragen in Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung von „radikal", sowie den festgestellten polizeilichen Observationmaßnahmen. Sie sagen weiter, daß in den Texten die ihnen bekannten Codewörter wie "Flut", "Welle", "Fraß", "Ente", "Kabel" usw. und Decknamen mehrfach enthalten seien. Sie führen an es gäbe noch andere verschlüsselte Disketten, von den anderen Beschuldigten, die noch nicht vollständig entschlüsselt seien.
Der Anwältin Akteneinsicht bezüglich der Disketten-Inhalte zu geben verweigern sie mit der Begründung, sie rechnen mit der Beeinträchtigung ihrer Untersuchungen, wenn die Inhalte dem Beschuldigten zugänglich gemacht würden. In der letzten Haftprüfung mußten diese verschlüsselten Disketten als einer der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung der Haft herhalten. Jetzt wird gesagt, gerade weil Andreas

Antwort der Staatsanwaltschaft

Darauf antwortete Hofmann, daß die ganze Organisation „eine einzige Veranstaltung in Sachen Verdunklung“ gewesen sei. Deshalb müsse davon ausgegangen werden, daß es weitere Verstecke gibt, daß auf den noch nicht entschlüsselten Disketten weitere Ermittlungsansätze lägen, daß allein durch die hochkonspirative Verhaltensweise der Organisation Verdunklungsgefahr bestehen würde. Da Rainer „an der Spitze der Organisation gestanden“ hätte, würden „im Falle seiner Freilassung“ mögliche „weitere Ermittlungsansätze“ mit Sicherheit „verschüttet“.

Durch die Arbeitslosigkeit sei die soziale Bindung Rainer eingeschränkt, was bezüglich der Fluchtgefahr zu bedenken sei.

Als Antwort auf die Frage zur Verhältnismäßigkeit der U-Haft erwiderte Hofmann, „es gehe nicht um ein Bagatelldelikt, sondern um eine Tat aus dem Bereich der mittleren Kriminalität“. Der Strafrahmen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe würde das belegen. Dabei sei die Bedeutung von Radikal zu bedenken.

In den Anträgen der Verteidigung, in denen Rainer nochmals auf die enge Bindung zu seinem 9 Monate alten Sohn hingewiesen hat, wurde die Aufhebung des Haftbefehls beantragt, eventuell hilfsweise außer Vollzug zu setzen, ggfs. unter geeigneten Auflagen. Außerdem wurde noch beantragt, Rainer innerhalb seiner Abteilung in der JVA Kontakt zu ermöglichen.

Der Beschluß

Die Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

Einerseits hätte sich der „dringende Tatverdacht“ verstärkt, (s.o.), andererseits würden sowohl Fluchtgefahr und Verdunklungsgefahr weiterhin bestehen. 1. weil Rainer seit seiner Geburt eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzt (Schweiz/BRD) und somit als Schweizer Staatsbürger nicht zu befürchten hätte, ausgeliefert zu werden. 2. weil Rainers Eltern im Rahmen familiärer Angelegenheiten für ihn in der Schweiz Geld angelegt hätten, was als Fluchtvorbereitung gedeutet wird. 3. wegen seiner Einstellung dem Staat gegenüber, 4. wegen der hohen Konspirativität der Organisation der radikal.

Schwarz-Rote-Hilfe Münster c/o Umweltzentrum Scharnhorststr.57 48151 Münster

Hungerstreik in Bielefeld Brackwede I

Drei Gefangene des Hochsicherheitstraktes in Bielefeld-Brakwede I befinden sich im unbefristeten Hungerstreik. Kurt K. (Strafhaft) und Heinz (U-Haft) sind jeweils seit dem 25.9. im Hungerstreik, Rainer P. aus Münster, der im Zusammenhang mit den Verfahren gegen die linke Zeitschrift radikal in U-Haft sitzt, hat sich am 17.10.95, am Tag nach seinem Haftprüfungstermin, diesem Hungerstreik angeschlossen. Alle drei sind ähnlichen Isolations- u. Sonderhaftbedingungen ausgesetzt. Mit dem Hungerstreik kämpfen sie für bessere Haftbedingungen. Es gibt die Einschätzung, daß zumindest Kurt K. sich auf der Krankenstation bzw. im Knastkrankenhaus Frödenberg befindet. Kurt hatte vier Wochen vor dem 25.9. einen fünfwöchigen Hungerstreik abgebrochen. Zu Heinz haben wir keine weiteren Informationen.

Bisher gab es zu diesen Streiks keine Öffentlichkeit.

Zur Situation von Rainer, wissen wir, daß es ihm körperlich noch relativ gut geht. Seine Forderung nach naturreinen Fruchtsaft wird ihm verwehrt. In der letzten Woche ist Rainer vom Hochsicherheitstrakt in die "Normalstation" Haus A verlegt worden. Seine Haftbedingungen haben sich jedoch keineswegs verbessert, weiterhin wird er von anderen Gefangenen isoliert. Häufig findet der Hofgang nur noch im Dunklen statt. Ihm wird mit Abbruch des Hofgangs gedroht, falls er versucht, Kontakt mit anderen Gefangenen aufzunehmen. Auf der Normalstation hat er keine Gelegenheit mehr, seine private Kleidung zu waschen. Das kann bedeuten, daß sie ihm Anstaltskleidung geben.

Mit der Verlegung und dem Kontaktverbot reagiert die Knastleitung auf die Solidarität der Gefangenen untereinander, die sie verhindern wollen.

Haftprüfungstermin Rainer Paddenberg 16.10.95

Der Haftbefehl gegen Rainer wird auch weiterhin aufrechterhalten.

Der Haftprüfungstermin fand in Bielefeld-Brackwede statt. Anwesend waren Beyer(Ermittlungsrichter), Hofmann (Oberstaatsanwalt beim BGH), Justizangestellte, Gelhot (Kriminalkomissar Bi), Jörss (LKA NRW), Rechtsanwalt Th. Klein, Rainer

Bisherige Ermittlungsergebnisse

Hofmann referierte kurz das bisherige Ermittlungsergebnis: so seien dem Verteidiger Th. Klein vor kurzem die „Baar- Wanderath- Protokolle“ übergeben worden, außerdem Kopien von einem "Original- Protokoll von Baar- Wanderath“ und eine „Dekodierungsliste“ übergeben worden. Weiterhin führte Hofmann aus, daß Rainer „durch Observation als Teilnehmer des Treffens von Billerbeck im Januar 1994 identifiziert“ worden sei. Von der Teilnahme an weiteren Treffen im Februar, April, Mai und Oktober 94 sei auszugehen. Beyer: Rainer solle den Treffpunkt in Billerbeck unter dem Namen „Krager“ angemietet haben. Außerdem seien die Fingerabdrücke, die in Billerbeck gesicchtet worden seien identisch mit denen Rainers. Das Treffen im Mai in Rheine sei sehr wahrscheinlich auch von Rainer angemietet worden. Zu einem späteren Zeitpunkt fügte Beyer hinzu, daß bei dem Treffen die Beschuldigten Garke und Weißbach bei der Abfahrt beobachtet worden seien, bei anderen (Paddenberg, Großkinsky, Konnerth) wäre die gleichzeitige Abwesenheit Indiz. Rainer wäre bei seiner Ankunft in Münster um 19.04 am 29.05.94 beobachtet worden.
Th. Klein fragte dazu, ob von den Treffen konkrete Ermittlungsergebnisse vorliegen würden, was Hofmann verneinte und hinzufügte, daß durch das konspirative Verhalten der Beschuldigten die Observation erschwert gewesen war. Beyer meinte dazu, daß durch die jeweilige Abwesenheit ein Indiz vorhanden wäre, das darauf hinweisen würde, daß es sich um „verfahrensbezogene Treffen“ gehandelt hätte. In Billerbeck würden die aufgefundenen Fingerabdrücke zusätzlich dafür sprechen.
Klein fragte nach weiteren „Ergebnissen“, worauf Hofmann erwiderte, daß die Auswertung noch nicht abgeschlossen sei, aber gefundene Schriftstücke die Beteiligung Rainers an der Verteilung der „radikal“ (Welle) belegen würden. Bei dem Beschuldigten Großkinsky sei außerdem ein Notizzettel mit der Überschrift „Flut-Atze“ gefunden worden. Auch aus dem „Baar- Wanderath- Protokoll“ sei die Tätigkeit Rainers zu entnehmen.
Auf Frage von Klein antwortete Hofmann:
In Münster seien in den durchsuchten Objekten keine Disketten, bzw. auf Disketten keine verschlüsselten Datenträger gefunden worden
Auf die Frage nach der voraussichtlichen Dauer der Auswertung der Asservate, antwortete Hofmann, daß eine Prognose nicht möglich sei, aber das dem „Grundsatz des Beschleunigungsgebotes“ gefolgt würde.

Begründung der Verteidigung

Nach kurzer Unterbrechung auf Wunsch Th. Kleins und Rainers führte Th. Klein aus, daß Fluchtgefahr aufgrund der persönlichen Beziehungen nicht von Bedeutung sei. Was eine Verdunklungsgefahr beträfe, tauche die Frage auf, wenn es jemals etwas zu verdunkeln gegeben hätte, dann hätte das von den Nicht-verhafteten längst verdunkelt werden können.
Außerdem sei „nach 4 Monaten die Grenze der Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft im Hinblick auf die Straftaten, die dem Beschuldigten zur Last gelegt werden erreicht“

ja nicht an der Entschlüsselung mitgewirkt habe, bestehe nach wie vor Verdunklungsgefahr. Beyer wies auch nocheinmal ausdrücklich auf die Fluchtgefahr hin. Man sähe ja an den Gesuchten, die sich trotz fester Arbeit/Studium und sozialer Bindungen dem Zugriff des Staates entzögen. Die Haftprüfung endete also mit der Aufrechterhaltung der Haft. Nach Ansicht von Beyer ist die U-Haft bisher nicht unverhältnismäßig. Nach sechs Monaten könne das neu geprüft werden. Er verwies an dieser Stelle auf PKK-Verfahren, in denen Beschuldigte nach sechs Monaten aus der U-Haft entlassen wurden.

Ohne zu verkennen, daß diese Bemerkung Beyers nicht ernster zu nehmen ist als gelegentlich hingeworfene Zuckerkrümel, sollte die Tatsache, daß mit sechs Monaten eine U-Haft normalerweise abgeschlossen sein muß und für eine Verlängerung besondere Begründungen geliefert und geprüft werden müssen (nach 6 Monaten Verfahrensdauer hat der 3. Strafsenat des BGH über die Haftfortdauer der Gefangenen zu entscheiden), als wichtiger Termin für die Verfahrenbegleitung und Orientierungspunkt für die Soli-Arbeit gesehen werden.

Die Ausführungen von Ermittlungsrichter Beyer und dem Staatsanwalt der BAW Hofmann während der Haftprüfung und einige andere Kernsätze aus verschiedenen Beschlüssen, haben nochmal deutlich gemacht, in welche Richtung das Konstrukt gegen die „radikal" laufen soll.

Nach unserem jetzigen Erkenntnisstand versucht die BAW radikale Widerstandspresse und militante Aktionen auch organisatorisch zu vermengen.

Für BAW und BGH sei die "radikal" keine Zeitung. Vielmehr sei die "radikal" als Untergrunddruckschrift das Werk einer kriminellen Vereinigung, durch die die Kommunikation zwischen sämtlichen bundesweit agierenden sog. "linksterroristischen Gruppierungen" erst hergestellt würde. Die "radikal" würde diese Strukturen aufrechterhalten und außerdem neue Mitglieder für diese Vereinigungen anwerben.

Die BAW versucht direkte Verbindungen zwischen den angegriffenen Gruppen herzustellen. Beispiele dafür:

- RAF und „radikal" würden angeblich gleiche Treffpunkte benutzen, wie z.B. die Eifel-Hütte.
- In Bremen werden drei Personen sowohl der Mitgliedschaft und/oder Unterstützung in der "kriminellen Vereinigung radikal" und der "terroristischen Vereinigung AIZ" beschuldigt.
- Und aktuell aus der Haftprüfung: auf einer der kürzlich entschlüsselten Disketten, befände sich ein Text zu Kurdistan und damit ließe sich die Verbindung zum K.O.M.I.T.E.E. erkennen.

Weitergehender noch als die Darstellung der „radikal" als "Vereinsblatt" aller sog. linksterroristischen Vereinigungen ist die Behauptung der BAW von der Zeitung gehe eine "Gefahr für Leib und Leben" aus, indem die „radikal" sozusagen mit verantwortlich für jeden Anschlag gemacht wird, der einer als "linksterroristisch" definierten Gruppe zugeordnet wird.

Damit zeichnet die BAW letztlich das Bild einer großen "Vereinigung", die arbeitsteilig mit austauschbaren Rollen und unterschiedlichen Schwerpunkten agiert. Die konkrete Durchführung von Anschlägen wird mit deren Dokumentation in einer Zeitung quasi gleichgesetzt.

Mehr gibt es von uns aus nicht zu berichten. Die Haftbeschwerde und dieser zweite Haftprüfungstermin bei Andreas haben zum Teil erreicht, was beabsichtigt war: Die Gegenseite (BGH/BAW) sollte Position beziehen. Wie für sie der Hase laufen soll, ist jetzt deutlicher. Es ist an uns, dagegen Soliarbeit zu entwickeln.

Einige Soligruppen orientieren sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit/Kampagnenplanung auf Mitte Dezember, wenn sechs Monate U-Haft voll sind. Dieser Zeitpunkt ist auch juristisch wichtig. Wir halten es für erstrebenswert und realisierbar, dazu bundesweit etwas hinzukriegen. Macht!

Wenn sich für die Einschätzung Neues ergibt, melden wir uns wieder.

An Euch Gefangene und Gesuchte unsere Liebe und Kraft - Venceremos!!!

Arbeitsgruppe der bundesweiten Treffen zu den laufenden Verfahren — Oktober 1995

Warum Hungerstreik?

Rainer richtet seinen Streik wesentlich auch gegen die Totalität und Willkür - besonders unter den Isohaftbedingungen - die sich gerade in ganz alltäglichen und oft kleinen Dingen zeigt. Gegen diese hatte er schon vorher versucht, sich mit Beschwerden etc. zu wehren.
Hier liegen auch die hauptsächlichen Parallelen zu den Forderungen seiner beiden Mitgefangenen. Rainer sieht seinen Hungerstreik auch als Solidaritätsaktion zu Kurt und Heinz.

Erstmal was "Grobes" zum Mittel Hungerstreik

"Wir wissen, daß in vielen Gefängnisabteilungen der individuelle Hungerstreik zur täglichen Praxis - nicht nur der sogenannten politischen Gefangenen - gehört. Nur der/die Hungerstreikende weiß, welche Verzweiflung und welches Gefühl von Ohnmacht - und Ausweglosigkeit dazu gehört, mit der drohenden Zerstörung des eigenen Körpers und Lebens die Bewahrung der eigenen Identät und der Lebensfähigkeit einzufordern, einzuklagen, zu erzwingen. In manchen Knastabteilungen ist der individuelle Hungerstreik inzwischen zur stumpfen Waffe geworden, den Wärtern und den Ärzten ist der oder die Gefangene egal. Von hier draußen wollen wir letztlich nicht über die Notwendigkeit eines Hungerstreiks entscheiden. Ganz allgemein scheint uns ein Hungerstreik nur dann sinnvoll zu sein, wenn ihn mehrere zusammen durchführen, die Beratung durch Ärzte von draußen gewährleistet ist und Menschen außerhalb der Mauern die Forderungen der Gefangenen in die Öffentlichkeit tragen können." (Gefangenen-Ratgeber, 1980) Wir sind auch heute in der Situation, daß kaum Informationen über Hungerstreiks in den Knästen an die Öffentlichkeit gelangen. Einerseits dringen diese nicht ohne weiteres durch die Knastmauern, weil oft bei Gefangenen, die in irgendeiner Form gegen die Verhältnisse kämpfen, eine verschärfte Zensur stattfindet und diese auch von anderen Gefangenen isoliert werden. Andererseits finden sie auch nur geringes öffentliches Interesse, selbst in der linken "Öffentlichkeit". Ganz zu Schweigen davon, daß es kaum konkret zu Unterstützungsarbeit oder -aktionen kommt.
Münster
Hier draußen, waren die Menschen, die die Solidaritätsarbeit zu Rainer hauptsächlich tragen, von seinem Hungerstreik überrascht- Widersprüche und Schwierigkeiten im Umgang damit waren offensichtlich. Außerdem fühlten sich viele durch die zusätzlichen Auseinandersetzungen und einen eventuellen Handlungsdruck überlastet und überfordert. Erst nach einer Woche ist Rainers Entscheidung in den Hungerstreik zu gehen bekannt geworden - konkrete Hintergründe und Forderungen konnten aufgrund der Isolation und der Knastzensur erst sehr spät und unvollständig vermittelt werden.
Bisher waren nur die Haftbedingungen der Gefangenen im "radikal"-Verfahren Teil der Solidaritätsarbeit; die Auseinandersetzungen mit dem Knastsystem als solchem und auch über Widerstandsmöglichkeiten innerhalb des Knastes sind dabei nur am Rande aufgetaucht.
Insgesamt haben alle diese Faktoren dazu geführt, daß bisher unzureichend Informationen und Stellungnahmen aus Münster gekommen sind.

Was wir immer wieder sagen werden

Das bestehende Knastsystem, als ein wichtiges Mittel der Herrschaftsicherung lehnen wir grundsätzlich ab. Knäste sind Zurichtungsstätten. Mit Hilfe von Geboten, Willkür, Unterwerfung, Isolierung und Schikane soll die Persönlichkeit der Gefangenen gebrochen werden. Hochsicherheitsknäste und Isolation sind dabei Teile eines differenzierten Vollzugssystem, denen vor allem die Gefangenen ausgesetzt werden, die von der "Öffentlichkeit" und/oder den Repressionsorganen als "gefährlich" eingestuft werden, aber auch jene, die sich dem Anpassungsdruck nicht beugen, sich verweigern oder gar Widerstand im Knast leisten.
Speziell in den Hochsicherheitstrakten, unter verschärften Haftbedingungen, ist ein Überleben, im Sinne von lebendig bleiben und die eigene Würde zu behalten, auf längere Zeit kaum möglich. Den Gefangenen bleiben aus ihrer Sicht und mit ihren Möglichkeiten daher oft nur noch wenige Mittel z.B. der Hungerstreik, um einen Rest von Selbstbestimmung zu leben.
Unsere Solidarität gilt daher allen, die sich im Knast gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Willkür und Schikane wehren.

Infos zu einem Mitgefangenen von Rainer P. im Hochsicherheitstrakt

Kurt K. ist etwa seit dem 25.9.95 im Hungerstreik wegen seiner Isolationshaftbedingungen. Er hatte vier Wochen vorher einen fünfwöchigen Hungestreik abgebrochen. Er sitzt seit 1992 isoliert von anderen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt ein. Wegen eines Ausbruchsversuchs mit Geiselnahme ist er nach Bielefeld verlegt worden.

Seine Situation in Brackwede:

Nach dem gescheitertem Ausbruchsversuch, bei dem er verletzt wurde, durfte er erst garnichts auf seiner Zelle haben. Nach und nach wurden im dann einige Sachen, die er schon vorher hatte, genehmigt. Nachdem bei seinem Tatkollegen (Ausbruchsversuch), der in einem anderen Knast einsitzt, eine Waffenattrappe gefunden wurde, wurden alle "Lockerungen" wieder aufgehoben.
Mittlerweile werden wieder nach und nach einige Sachen genehmigt. Wobei Kurt wohl für alles kämpfen muß und dann keine zufriedenstellenden Lösungen durchsetzen kann.
Einige Beispiele:
- Er besitzt die Genehmigung zur Küchenbenutzung, hat aber keine Möglichkeit eine zeitliche Planung zur Vorbereitung seiner Speisen zu machen, da ihm von der Anstalt/den Wärtern keine verbindlichen Zeiten für die Küchenbenutzung genannt werden bzw. eingehalten werden.- Er durfte mit einem Mitgefangenen Tischtennisspielen, was erst nach einigem Hinundher genehmigt wurde. Was aber in der Praxis öfter durch Willkür der Anstalt/der Schließer ausfallen mußte, da diese angeblich nicht die Zeit hätten, die Zellen aufzuschließen, die Kellen rauszugeben und die beiden Tischtennisspieler einzuschließen. Daraufhin hat Kurt auf sein Recht verzichtet.
- Er hat eine Heimorgel genehmigt bekommen, die er auf seiner Zelle haben darf. Ihm wird aber nicht seine Stereoanlage genehmigt, die er daran anschließen möchte. Angeblich wegen möglicher Lärmbelästigungen, wobei es Praxis ist, den Strom abzustellen, wenn ein Knacki zu laut Musik laufen läßt.
- Da er wegen seiner Schußverletzung nicht joggen kann, ist ihm ein Heimtrainer genehmigt worden, diesen darf er aber nicht in seiner Zelle haben, sondern er soll in einer nicht benutzten Zelle stehen. Kurt vermutet nicht zu Unrecht, damit wiederum der Willkür der Schließer (s.o.) ausgeliefert zu sein.

Mit dem Hungerstreik geht es ihm wohl nicht nur darum, verbesserte Haftbedingungen zuerreichen, d.h. nicht permanent der Willkür und den Schikanen der Anstalt/der Schließer ausgeliefert zu sein. Ihm geht es auch darum, einigermaßen seinen Alltag im Knast (unter Isolationsbedingungen) zeitlich planen zu können. Anscheinend ist die Verständigung zwischen Kurt und der Knastleitung vollkommen zerstört. Der Anstaltspfarrer, der Sozialarbeiter und auch ehrenamtliche Gefangenenbetreuer, die zumindest die Möglichkeit hätten, zwischen Anstalt und Kurt zu vermitteln, die Verbindung wieder herzustellen, sehen anscheinend lieber weg, als zu versuchen, bessere (Überlebens-) Verhältnisse für Kurt zu erreichen.

Der auch im Hochsicherheitstrakt einsitzende Untersuchungshäftling Heinz.C. ist wohl auch seit dem 25.9.95 im Hungersteik (nähere Infos sind uns nicht bekannt).

Rainer P., Gefangener wegen der Zeitung "radikal", befindet sich seit dem 17.10.95 u.a. auch aus Solidarität zu Kurt in einem unbefristeten Hungerstreik.

Solidarische Grüße

Schwarz-Rote Hilfe Münster Münster 4.11.95

- Weg mit den Hochsicherheitstrakten!
- Weg mit den Isolations- und Sonderhaftbedingungen!

Solidarische Grüße nach drinnen und draußen

Noch was: Knastkundgebungen:

In letzter Zeit wurden mehrere Knastkundgebungen nur ohne Benutzung von Lautsprechern und Megaphonen genehmigt. Betroffen waren Kundgebungen für die Gefangenen wegen "radikal" in Lübeck, Neumünster und Bielefeld. In Bi außerdem auch noch eine Kundgebung für die inhaftierten KurdInnen. Da Knastkundgebungen eine der wenigen Möglichkeiten sind, unsere Solidarität in den Knast zu vermitteln, müssen wir auf diese Verbote reagieren. Bitte schickt uns Infos über den Umgang und die Erfahrungen mit solchen Verboten nach Münster.

VOLL DURCH DIE MITTE UND DOCH DANEBEN

Einige vielleicht unbequeme Anmerkungen zur letzten Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s
Die Gruppe "K.O.M.I.T.E.E." hat sich vor einigen Wochen aufgelöst. Bisher gab es noch keine schriftliche Reaktion auf ihr Papier. In Gesprächen ist zu hören, daß viele das Papier in Teilen als zu gewagt empfinden, im allgemeinen gibt es jedoch mehr Zustimmung als Kritik. Diese fällt leider zumeist hinter runter - insbesondere durch den Umstand, daß 3 Leute abtauchen mußten. Eine Kritik ist jedoch auf der politischen Ebene angebracht und diese sollte auch keinesfalls als ein Zeichen der Entsolidarisierung gegenüber den gesuchten und kriminalisierten Leuten verstanden werden. Es folgen also einige kritische Fragen und Anmerkungen.

Das K.O.M.I.T.E.E. zieht mit ihrer Entscheidung der Auflösung eine Konsequenz aus dem *Scheitern* ihrer Aktion in Grünau und aus der *Gesamtheit* der von ihnen gemachten *Fehler*. Gleichzeitig wird noch einmal betont, daß ihre Entscheidung keineswegs als ein *Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen*, sondern lediglich eine persönliche Konsequenz aus dem *Debakel* zu verstehen ist.
In ihrem Papier vom 6.9.95 versucht die Gruppe ihre schwerwiegenden Fehler zu benennen und *selbstkritisch zu reflektieren*. Dabei konzentriert sich die Gruppe zum einen auf technische Fehler bei der Durchführung der Aktion und zum anderen auf Überforderungen innerhalb der Gruppe und die innere Gruppendynamik, die sie mit einer *"Alles oder Nichts"-Haltung* charakterisieren. **Einer kritische Einschätzung ihrer Politik bzw. einem deutlichen Hinterfragen ihres politischen Projekts geht die Gruppe jedoch weitgehend aus dem Weg.** Es heißt lediglich, daß sie ihrer *Verantwortung* gegenüber der Öffentlichkeit und der Linken nicht gerecht geworden sind und weiter: *Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt*!

* das *kursiv* gedruckte sind Wörter und Passagen aus der Erklärung



Dem Fazit vom 6.9. zufolge, wurde das Projekt K.O.M.I.T.E.E. vor allem wegen der Fehler bei der Grünau-Aktion beendet und weniger aus politischen Fehlern. So verständlich und richtig wohl die Auflösung ist, weil die Gruppe ihren Ansprüchen nicht nachkommen konnte oder auch aus Gründen der Kriminalisierung und Konfrontation mit der Justiz - **das Hinterfragen ihres Projekts und ihres politischen Ansatzes geht nicht weit genug!** Zwar wird versucht ihre Politik im nachhinein transparent zu machen, ihr Ansatz wird allerdings unhinterfragt als "erfolgversprechend" präsentiert. "Bildet viele radikale K.O.M.I.T.E.E.s"? (Es ist natürlich klar, daß dieser Spruch vor allem im Zusammenhang mit der Kriminalisierung zu verstehen ist.)
Es kann kaum davon die Rede sein, daß das Projekt in Anbetracht der *Gesamtheit* der gemachten Fehler nun aufgegeben wurde. Vielmehr werden leider Mythen und unrealistische Einschätzung zur Bedeutung von linksradikaler Militanz und militanter Politik im Abschlußpapier der Gruppe fortgeschrieben, sodaß sogar konstatiert wird, das Scheitern der Grünau-Aktion hätte zu einer Demobilisierung der radikalen Linken



geführt. Diese Einschätzung zeugt von einer Selbstüberschätzung ihrer Politik und Praxis als K.O.M.I.T.E.E. und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Sie zeugt von einer Fehleinschätzung militanter Politik überhaupt und nicht zuletzt auch der von ihnen angeführten *politischen Lage*.
Es steht also zur Frage, ob eine Aktion, wie sie in Grünau geplant war, wenn sie denn geklappt hätte, in der derzeitige politischen Situation überhaupt einen mobilisierenden und erwünschten richtungsweisenden Effekt auf die radikale Linke oder die sonstige Öffentlichkeit gehabt hätte. Dies soll die Richtigkeit der Aktion selber noch keineswegs grundsätzlich in Frage stellen, aber die politische und strategische Ausrichtung des Projekts K.O.M.I.T.E.E.

Daß es sich beim K.O.M.I.T.E.E. überhaupt um ein längerfristig angelegtes Projekt gehandelt hat, ist erst gleichzeitig mit der Auflösung jenes bekannt geworden. In der Erklärung zur Aktion in Bad Freienwalde wird kein Wort dazu verloren. Das "Projekt" wird von der Gruppe praktisch nachgeschoben. Das ist natürlich schon etwas seltsam und es stellt sich die Frage nach dem Sinn, da es der Kriminalisierung natürlich noch zusätzlich Futter liefert.

Woher kommt der offensichtlich hohe Erklärungsdruck? Es ging der Gruppe darum, nicht nur gemachte Fehler ihrer Praxis öffentlich und nachvollziehbar zu machen, damit andere militante Gruppe praktisch daraus lernen könnten, sondern ein politisches Selbstverständnis zu vermitteln.
So gut und richtig sicherlich die Veröffentlichung eines Selbstverständnisses von militanten Gruppen ist, so scheint jedoch die Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s nicht unwesentlich etwas mit der eigenen Verortung in der *linken Scene* zu tun zu haben. Und diese Verortung war dergestalt, daß **das K.O.M.I.T.E.E. sich als militante Gruppe in gewisser Weise eine richtungsweisende, vielleicht sogar avantgardistische Rolle in der linksradikalen und autonomen Politik beimaß.**
Richtig ist sicherlich, *daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden* können *als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare Kontinuität.*

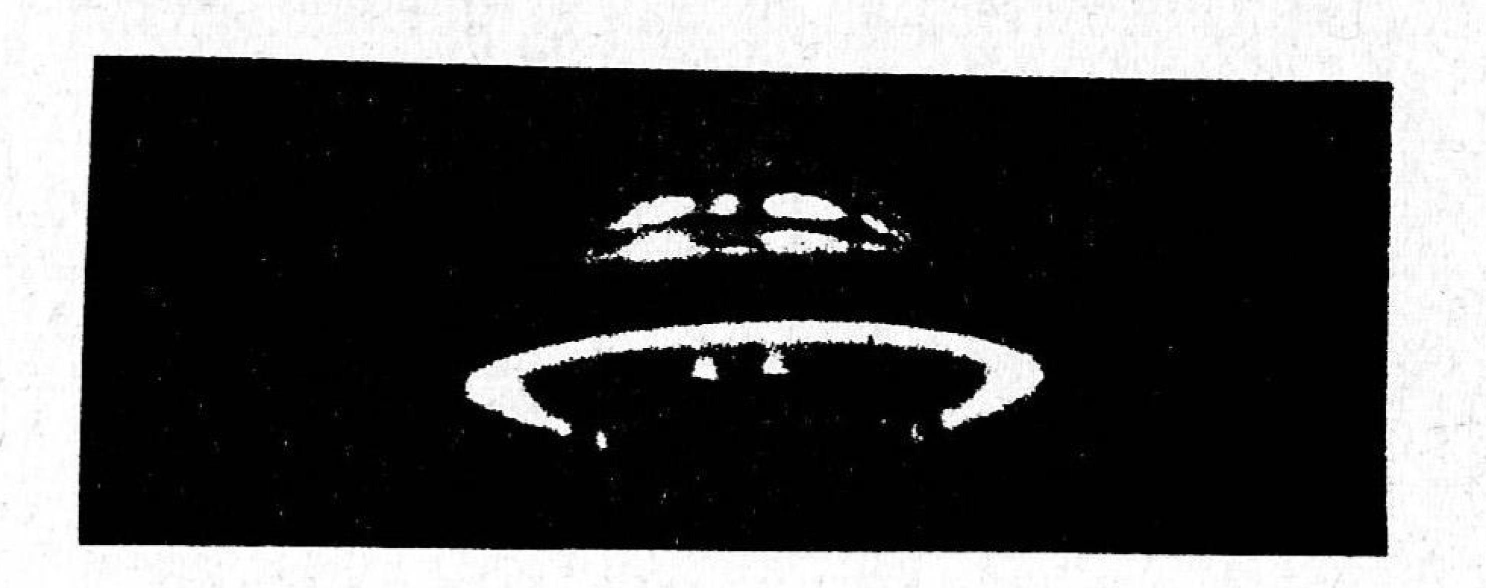
Insbesondere auch für die mediale Verbreitung kann ein gleicher Gruppenname durchaus von Vorteil sein. Auf der anderen Seite zeichnen sich viele militante Aktionen verschiedenster Gruppen gerade dadurch aus, daß sie in einem erkennbaren Kontext zu sozialen Brennpunkten, autonomer Bewegung oder linksradikaler Basispolitik stehen. Es ist eine alte Weisheit, daß militante Aktionen nicht nur durch den Angriff auf eine Institution des Systems einen Sinn bekommen, sondern auch dadurch, daß sie politische Bewegungen und soziale Zusammenhänge konkret in ihrer Politik und ihren Forderungen unterstützen. Die Bedeutung des militanten Angriffs ergibt sich letztlich aus der Bedeutung der "Basispolitik". Das K.O.M.I.T.E.E versuchte dagegen, aus einer gewissen **Isolation oder auch Abgehobenheit** heraus, mit militanten Aktionen *Orientierungspunkte zu setzen* und *einen positiven Einfluß auf die Entwicklung der linken Scene zu haben.*

Dieser Ansatz militanter Politik erinnert fataler Weise an die Vorreiterrolle und den avantgardistischen Ansatz, der zum Teil von den Revolutionären Zellen, der Roten Zora oder auch der RAF betrieben wurde. Dem *Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen* wollte die Gruppe jedoch gerade selbst nicht auf den Leim gehen.
Es drängt sich zudem die Frage auf, ob die gemachten praktischen Fehler - die "Alles oder Nichts"-Haltung - etwas mit dem Ansatz und Selbstverständnis der Gruppe zu tun haben könnten.
Mit ihrem *ersten Schlag* gegen die Bundeswehr in Bad Freienwalde, der von der Gruppe im nachhinein auch mehr als symbolische Aktion betrachtet wird, sollte das Thema *Befreiungskampf des kurdischen Volkes* bzw. die Mitverantwortlichkeit der *BRD am Krieg in Kurdistan* u.a. in der Linken gepusht werden. Das allgemeine Nichtverhalten der radikalen Linken wurde als *unsolidarisch* betrachtet. Zum anderen wurde der deutschen Linke aber gerade eine *besondere Verantwortung* zu diesem Thema zugeschrieben. Anders gesagt war die Aktion gegen die Bundeswehr war sozusagen u.a. als Auftakt zu einer Solikampagne gedacht: Hier müssen "die Linken" jetzt was machen müssen, alles andere ist unsolidarisch. **Dieses strategische Verständnis einer militanten Gruppe (mit moralischem Unterton) gegenüber (der) Linken und**

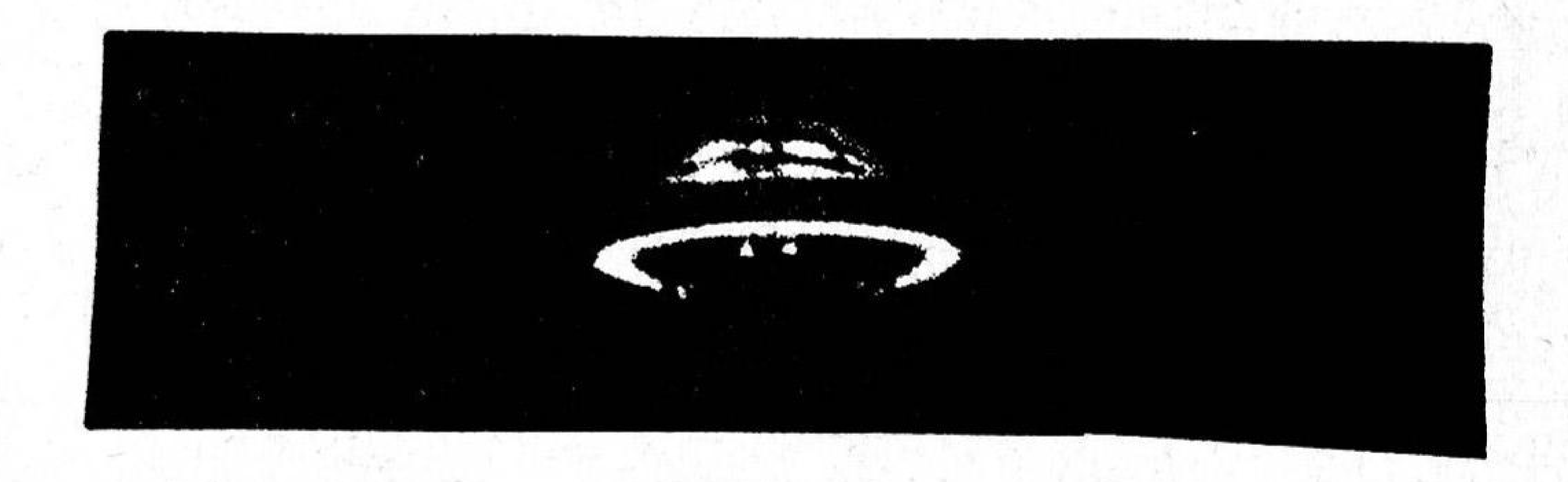
überhaupt ist jedoch vermessen und äußerst fragwürdig.
In bezug auf die Grünauaktion ist es sehr verwunderlich, daß mit keinem Wort auf die Flüchtlingskampagne der RZ und ihrer diesbezüglichen Selbstkritik zu militanter Politik eingegangen wird. Sicherlich wäre die Aktion bei gelingen ein durchaus *effektiver Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse* gewesen, hätte den *Ausbau der Maschinerie vorübergehend gestoppt* und das wäre ohne Zweifel gut gewesen. Der Einfluß der Aktion wäre oder ist auf die Entwicklung "der Linken" zu Masse, Stärke und Bewegung mit Gelingen oder Scheitern - so oder so - relativ gering gewesen.



Militante (Einzel-)Aktionen sind auch in der heutigen bewegungsarmen Zeit eine Möglichkeit sich der allgemeinen Mutlosigkeit und völligen Anpassung entgegenzustellen und aktiv zu werden. Sie sind eine Möglichkeit in dieser Gesellschaft nicht tatenlos zuzusehen was abgeht, sondern selber, zusammen mit einigen Freunden aktiv zu werden, auch wenn sie dabei oft nur einen Protestcharakter haben. Darüberhinaus können sie Spaß machen und einem/r das Gefühl geben, hier etwas richtiges zu tun, um nur einige wenige Aspekte zu nennen. Jedoch ist weder dem Glaubwürdigkeitsverlust der Linken noch dem



Glauben an die persönliche Radikalität mit konsequenter militanter Praxis nicht beizukommen. Und was soll hier überhaupt eine *konsequente militante Praxis* heißen? Doch wohl kaum 1 - 2 mal im Jahr ein großes Ding drehen. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Linken findet vielmehr im stinknormalen Alltag statt. Gerade was den sozialen Alltag und Umgang der letzten X Jahre in der "linken Scene" angeht, kann man und frau den Glauben an "unsere" Politik schon verlieren. Und es ist an vielen Punkten richtig, zu sagen, daß es so nicht weitergehen kann und ich das so nicht mehr weiter machen will und werde. **Dementgegen wird die militante Aktion von der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. konsequent zu hoch gehalten!**
Eine Linke, die *ihre Niederlage* wegen fehlender konsequenter Militanz *schon im eigenen Kopf erlitten hat*, ist eine zu sehr konstruierte und undifferenziert betrachtete Linke. Im übrigen steht auch schon seit längerem im Raum, daß linke Politik und gesellschaftliche Veränderung sich mehr als auf "Sieg oder Niederlage" beziehen muß. Auf der anderen Seite ist die Kritik an die



Adresse bestimmter "linker Kreise", sich unsolidarisch zu militanten Aktionen zu verhalten, sicherlich richtig, wird aber wahrscheinlich ungehört bleiben.
Die Politik des K.O.M.I.T.E.E.s steht zwar unwidersprochen dafür, *auch in schlechten Zeiten der ständigen Schere zwischen Denken und Handeln getrotzt zu haben.* Sie steht dafür, daß es heute und in dieser Gesellschaft möglich und richtig ist die Bundeswehr anzugreifen und einen Knast in die Luft zu jagen, auch wenn es diesmal nicht geklappt hat. Dies kann jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sogar die meisten Linksradikalen zur Praxis der Gruppe eine erhebliche praktische Distanz haben, geschweige denn der Rest, der hier Lebenden, sodaß diese Praxis weniger für die Möglichkeit eines Eingreifens für jedermann und jedefrau steht.

autonome - mehr als militanz!

Genanalyse im Verfahren gegen K.O.M.I.T.E.E.?

Die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei gegen drei Männer, denen vorgeworfen wird, die Sprengung des in Bau befindlichen Abschiebeknastes in Grünau (Berlin Köpenick) versucht zu haben, stecken offenbar in der Sackgasse. Wie anders ist es zu erklären, daß jetzt die Bundesanwaltschaft (BAW) die Blutentnahme der Eltern der drei anordnet, um ihnen mittels vergleichender DNA-Analyse einige Kippen zuzuordnen, die in 2 vermeintlichen Tatfahrzeugen aufgefunden wurden?

Zur Erinnerung: Am 11.4.95 entdeckte eine Polizeistreife in den frühen Morgenstunden zufällig auf einem Parkplatz in der Nähe des in Bau befindlichen Abschiebeknastes zwei verlassene Fahrzeuge. In einem als gestohlen gemeldeten Ford-Transit entdeckte die Streife ca. 120 kg selbstgemischten Sprengstoff und Warnschilder der Gruppe K.O.M.M.I.T.E.E., auf denen die Sprengung des Knastes angekündigt wurde. In einem daneben stehenden PKW fand die Polizei Ausweispapiere und Autokennzeichen von drei Männern, nach denen die BAW seitdem erfolglos fahndet.

Nun sollen die Eltern der Gesuchten dazu beitragen, die Ermittlungen gegen ihre Kinder voranzutreiben.

Abgesehen von den psychischen Belastungen und möglichen Konflikten, die den Eltern zugemutet werden - der sonst so geschätzte Zusammenhalt der Familienbande wird plötzlich bedeutungslos - plant die BAW völlig selbstverständlich den Eingriff in die körperliche Integrität unbeteiligter Personen. Die darin liegende Grenzverletzung wird verharmlost mit dem Verweis darauf, daß "ein Nachteil für die Gesundheit des Betroffenen nicht zu befürchten" sei, die Untersuchung wird als verhältnismäßig erklärt, da "die potentiell zu gewinnenden Erkenntnisse (...) von erheblichem Gewicht" seien (Beschluß der BAW vom 19.10.95).

Letzteres muß allerdings in den Bereich der Wunschträume des Generalbundesanwalts verwiesen werden: Nur in seltensten Ausnahmefällen könnte ein Vergleich der elterlichen DNA mit der Genstruktur, die durch Speichelreste an aufgefundenen Zigarettenkippen sichergestellt werden, den zweifelsfreien Beweis erbringen, daß diese Zigaretten von einem Kind der genanalysierten Eltern geraucht wurden. Dieser Nachweis könnte in dem Fall erbracht werden, in dem sowohl die Eltern als auch die untersuchten Speichelreste eine äußerst selten vorkommende Genstruktur aufweisen, was aufgrund der geringen Häufigkeit, mit der diese seltenen DNA-Strukturen auftreten, nicht wahrscheinlich ist. Üblicherweise kann diese Untersuchung bestenfalls zum Ergebnis haben, daß die an den Zigarettenstummeln festgestellte DNA nicht mit denen der Eltern der Betroffenen übereinstimmt und deshalb ausgeschlossen werden muß, daß diese Zigaretten von Kindern der untersuchten Eltern geraucht wurden. Am wahrscheinlichsten ist jedoch, daß die Analyse für die Ermittlungen ergebnislos bleiben muß, weil die Verschiedenheit der Genstrukturen keine zweifelsfreien Rückschlüsse aufgrund zufällig (in Form von Kippen) aufgefundener DNA's zulassen.

Unabhängig von ihren möglichen Ergebnissen ist der Sinn und Beweiswert dieser Analyse auch deshalb anzuzweifeln, als keineswegs behauptet werden kann, daß die tatsächlichen RaucherInnen der besagten Zigaretten auch zwangsläufig etwas mit der versuchten Sprengung des Abschiebeknastes zu tun haben müssen. Schließlich kommen als potentielle RaucherInnen der Kippen doch wohl alle Personen in Betracht, die die aufgefundenen Fahrzeuge in den Tagen und Wochen vor dem 11.4. benutzt haben - da stellt sich die Frage, ob die jetzt auch alle genanalysiert werden müssen....? Auch bleibt der Ermittlungsrichter der BAW die Frage schuldig, ob bzw. wie er vorab geklärt hat, daß die von ihm angenommenen Väter auch tatsächlich die leiblichen Väter der Betroffenen sind. Sollte das nicht der Fall sein - und augenscheinlich gab es bisher keine Bemühungen seitens der BAW das herauszufinden - ergäben die ohnehin fragwürdigen Untersuchungen ein völlig falsches Bild, und wer wollte so einen Irrtum von vornherein gänzlich ausschließen...?

Was also könnte die BAW bewegen, diese höchst fragwürdige Untersuchungsmethode mit offensichtlich zweifelhaftem Ergebnis anzuordnen? Mit dieser aufgebauschten, aufwendigen und mit dem Schein von Wissenschaftlichkeit versehenen Untersuchung versucht die BAW zu verschleiern, daß sie über keine Beweise verfügt, und häuft nicht verwendbares Material an - nach dem Motto "je dicker die Akte desto weniger fällt auf, daß es keine Beweise gibt."

Was die BAW in der dreiseitigen Anordnung nicht für Wert hielt, den betroffenen Eltern mitzuteilen, ist die Tatsache, daß diese die Genanalyse verweigern können. Denn: Sogar in Strafverfahren rangiert der "Schutz der Familie" anscheinend vor der - vermeintlichen - Aufklärung von Straftaten. ZeugInnen können die Mitwirkung an der strafrechtlichen Belastung bzw. Verurteilung ihrer Angehörigen verweigern.

Entwicklung und Stand beim Infotelefon (Berliner AktionsTelefon) Part I

Als im Frühjahr 94 das Infotelefon aufhörte zu arbeiten, versuchte ein Teil des alten SOS-Infotelefons zusammen mit vorherigen UnterstützerInnen das entstandene infrastrukturelle Loch durch die Gründung eines neuen Infotelefons zu schließen.
Gemeinsam waren und sind wir der Überzeugung, daß linke Projekte und autonome Gruppen in einer Stadt wie Berlin verbindliche, schnelle und sichere Kommunikationsstrukturen zum gemeinsamen agieren und reagieren brauchen. Deshalb entstand das Berliner AktionsTelefon (BAT).
Rückblickend müssen wir sagen, daß ein arbeitsfähiger Zustand mit funktionsfähigen Strukturen nicht geschaffen wurde.

Von Anfang an konnten wir das Problem, neue Leute für das Infotelefon zu gewinnen ohne dabei unsere und Eure Strukturen durch Spitzel zu gefährden nicht lösen.
Wir wollten also mehr werden wußten aber nicht wie.
Auch dadurch konnte der Widerspruch zwischen unseren Ansprüchen (Ziele) an ein Infotelefon und dem was wir tatsächlich machten nicht beseitigt werden.
Eine frühzeitige und intensive Diskussion über unsere eigenen Strukturen und Motivation wurde wegen vieler Sachzwänge (Besetzung des Telefons an den Wochenenden) aufgeschoben und im Ergebnis nicht umgesetzt.

Da kaum Nachfrage nach dem BAT von außen bestand, was der allgemeinen politischen Situation - vor allem fehlender Eigeninitiative unsererseits - entspricht, sank die Motivation der Leute beim Telefon. Das Infotelefon stagnierte in seiner Entwicklung und wir stellten nur noch sicher, daß das Telefon an den Wochenenden besetzt war darüber hinaus leisteten wir jedoch keine Arbeit.

Als dies im Sommer auch nicht mehr geleistet wurde, fiel die aufgeschobene Diskussion über Struktur und Motivation innerhalb des Telefons auf uns zurück. Es kam zu einer Trennung der Gruppe, da in der Diskussion unterschiedliche Ansichten über die Erreichung einer Arbeitsfähigkeit bzw. dem Aufwand zur Schaffung funktionsfähiger Organisationsstrukturen bestand.

Die restlichen Leute versuchen nun das Telefon neu aufzubauen und neue funktionsfähige Strukturen zu schaffen.

Wir sind überzeugt, auch durch Gespräche mit anderen Gruppen und Einzelleuten, daß ein Infotelefon notwendig ist. Damit unser neuer Versuch, ein funktionierendes Infotelefon aufzubauen klappt, hoffen wir, daß sich eine Diskussion in der Interim entwickelt aus der wir Meinungen, Impulse, Kritik und Kontakte für unsere Arbeit ziehen können.

Ein Infotelefon wie wir es uns vorstellen kann nur mit großer Akzeptanz und Einbindung in autonomen Strukturen funktionieren.
Deshalb schreibt uns Eure Meinungen und Ideen. Wir werden Euch über unseren Diskussionsstand, über unsere Inhalte und Entwicklung weiter informieren.

Über die Kritikpunkte, die uns nach fast einem Jahr dann auch schon erreicht haben, haben wir diskutiert und werden den zweideutigen Plakattext (" Telefon für Information und Unterstützung **bei** faschistischen und rassistischen Übergriffen ") ebenso ändern, wie die Tatsache, daß zuwenig über unsere Inhalte und Arbeitsweisen bekannt ist.

Nun denn, an die Stifte!!

Im Moment sind wir zu erreichen:

Freitags von 19:00 Uhr - 23:00 Uhr
nach Absprache
ansonsten Anrufbeantworter

Tel.: 394 30 23





Heraus zum 1. Februar

MARCHSTRAßE/EINSTEINUFER

Dokumentation des Redebeitrages von der BesetzerInnendemo

So sehr wir uns freuen, daß es heute ne Demo gibt für die olle, schöne Mainzer Straße und so gerne wir uns an die Fights mit den Bullen erinnern, an die wunderschönen Barrikaden, die lodernden Feuer und fliegenden Steine, an die Ahnung von einem anderem, wilderen und schöneren Leben, die wir nur selten so intensiv hatten wie damals, als die Randalettis aus Berlin und halb Europa den Bürgerkriegstruppen der SPD Glatze Momper die Stirn boten, sowenig haben wir Lust darauf in ein paar Jahren eine Marchstraßen/Einsteinufer Nostalgiedemonstration zu machen.. Wir haben damals gesagt, der Kampf um die Mainzerstraße war trotz der militärischen Niederlage gegen die Bullen ein Sieg für die Häuserbewegung, weil es so viele Menschen geschafft hatten zusammenzukämpfen, ob mit Flugblättern und friedlichem Protest oder Barrikaden und Steinen. Was wir wollten haben damals alle Leute verstanden - die Häuser denen die drin wohnen und die sie brauchen! Wir haben damals Glück gehabt uns hat niemand Verträge angebotennach der Räumung der Mainzer. Doch viele andere Häuser schlossen Verträge ab, während nebenan andere Häuser geräumt wurden. Dadurch wurde ein gemeinsamer Kampf verunmöglicht, es wurde nur noch um die eigene Bude gerungen. Dabei gabs noch eine Menge Platz in besetzten und auch leeren Häusern, den mensch hätte kriegen können. Mensch hätte also in Bewegung bleiben können. Wir schrieben damals großspurig - Wir scheißen auf diese Verträge! Aber die Bewegung bewegte sich nicht mehr. Die nächsten die sich bewegten waren die Ost- MieterInnen. Mit einigen großen Demonstrationen heizten sie der Allparteien Mieterhöhungsfront kräftig ein. Doch auch dort ist es ruhiger geworden. An dieser Stelle einen schönen Gruß an die WBA Gruppen und die Prenzlig- gibts euch noch? Trotzalledem der Kampf um menschenwürdigen, bezahlbaren Wohnraum geht weiter. Auch gibt es in Berlin eine ganze Menge ImmigranntInnen ohne Pass, die ihn brauchen und die in den noch und exbesetzten Häusern unterkommen können oder in billigen Wohnungen die deutsche FreundInnen für sie angemietet haben. Das! sind die sogenannten Freiräume die wir verteidigen müssen.

Wie ihr vielleicht schon gehört habt, haben wir nach über 4 Jahren jetzt unseren Räumungsprozeß jetzt endgültig verloren. Und das soll heißen, wenn es nach dem Willen des Speculanten geht, heraus zum 1. Februar oder vielleicht ein paar Tage oder Wochen später.
Am 31. Oktober erging vor dem Landgericht Berlin das endgültige Urteil gegen unsere seit 1989 besetzten Häuser Marchstraße/Einsteinufer in Charlottenburg:
Richter Siegfried, für Eigentümer- und Vermieterfreundliche Rechtsprechung bekannt, hat den Beklagten eine Frist bis zum 31. Januar 1996 gesetzt, das Haus Marchstraße 23 zu verlassen.
Für das andere der bewohnten Häuser, das Einsteinufer 41 erging ein ähnliches Urteil vor 1 1/2 Jahren. Somit geht eine fast 4 jährige Prozeßfarce zu Ende, die die Eigentümerfirma, die Henning von Harlessem GmbH gegen die BewohnerInnen der Häuser angestrengt hatte, nachdem der Innensenat es 1991 abgelehnt hatte, auf einen Strafantrag hin die Häuser mit Polizeigewalt zu räumen. Schließlich waren sie zu diesem Zeitpunkt schon 2 Jahre bewohnt. Für uns, die BewohnerInnen bedeutet dieses Urteil allerdings noch lange nicht das endgültige Aus der Besetzung. Der Prozeß war für sie, wie gesagt, eine reine Farce. Schließlich ist die Auswahl der Beklagten rein willkürlich und schon immer wohnen dort auch Leute, die im Prozeß namentlich gar nicht auftauchen.



RÄUMEN? ARSCHLECKEN!

BAD NEWS

So war es nach der Vollstreckung der Räumungsurteile gegen das Einsteinufer 41 im Sommer 1994 der Fall und wird es auch für das Vorderhaus Marchstraße 23 sein - in den Häusern und den umliegenden Wagenburgen werden immer noch über 70 Menschen wohnen, die durch eine polizeiliche Räumung von Obdachlosigkeit betroffen wären. Denn das war der Sinn des völlig blödsinnigen Räumungsprozesses - einen pseudojuristischen Vorwand zu finden das ganze Gelände zu räumen und intakten und genutzten Wohnraum abzureißen, nach der Spekulanten Devise- legal, illegal, scheißegal.

Jetzt die PolitikerInnen auf Senats- und Bezirksebene, die sich nun nicht mehr, wie in den letzten Jahren, hinter dem Prozeß verstecken können- sagen die BesetzerInnen. Für uns, und auch für die PolitikerInnen dafür werden wir sorgen, ist Obdachlosigkeit ein politisches Problem, das durch Raümungsurteile nicht weniger skandalös oder aus der Welt geschafft wird.

Wir fragen die BezirkspolitikerInnen:

Wo sonst können 70 Menschen so billig untergebracht werden, wie in den Altbauten am Ernst Reuterplatz, die bislang ohne jede öffentlichen Gelder von den BesetzerInnen bewohnt und instand gehalten wurden?

Halten sie es für politisch und menschlich für opportun vor einem Spekulanten, in die Knie zu gehen und 70 Menschen der Obdachlosigkeit preiszugeben oder finden sie dies etwa selber gut? Bislang hat sich das soziale Engagement des Bezirksamtes darin erschöpft, die Miete für die dort wohnenden SozialhilfeempfängerInnen einzusparen. Mit dieser Million könnten wir nach einer Räumung erstmal auf Bezirkskosten Urlaub auf den Bahamas machen!

Aber wir würden lieber Urlaub in der Sonne machen und danach in unsere Häuser zurückkehren. Aber um die PolitikerInnen, die Bullen und vor allen Dingen den Spekulanten, die Hennning, von Harlessem GmbH davon zu überzeugen muß noch eine Menge passieren und das können und wollen wir nicht alleine hinkriegen.

Der Kampf um die Häuser findet nicht vor Gericht oder bei Vertragsverhandlungen statt, sondern auf der Straße und in besetzten Büros der politisch verantwortlichen, in aller Öffentlichkeit und in der Presse, als Organisierung der Betroffenen und denen die sich mit ihnen solidarisch verhalten wollen.

Wir wissen, das haben wir schon tausend mal gesagt, und nie sind wir geräumt worden aber diesmal gehts um die Wurst, weil mit Abschluß des Prozesses hat der Spekulant die Bedingungen von Innensenat und Polizei für eine Räumung erfüllt, auch wenn es Jahre gedauert hat. Und im Februar ist es auch ein bißchen zu kalt um auf der Straße zu sitzen, oder? Also als erstes wollen wir mal ganz viele Lappen mit March/Einstein Parolen aus euren Fenstern hängen sehen, für ein Foto davon kriegt ihr einen Kaffee und ein Vierfarbposter von uns umsonst. Weitere Aktionen werden noch besser belohnt. Achtet auf unsere Flugis und Einladungen.

Und jetzt -

Marchstraße Einsteinufer räumen? ARSCHLECKEN !

Wir grüßen alle, die vom Knast oder Verfolgung bedroht sind, die nicht lockerlassen,
die für eine menschenwürdige revolutionäre Gesellschaft kämpfen
besonders Werner, Ralf, Andreas, Rainer und Ulf im Knast,
die Leute die die radikal machen und die die auf der Flucht sind,
wir grüßen Cengiz, der seit dem Kaindl- Prozeß gesucht wird ,
und wir grüßen ganz doll Bernhard, Thomas und Peter!
Von Grünau bis Moabit- DYNA; DYNA DYNAMIT

Räumt die Knäste! Nicht die Häuser!



PRESSEERKLÄRUNG

Menschen mit einer solchen Vergangenheit haben kein Recht, in Ruhe zu sterben.

Auch in Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft genießt ein Nazi-Kriegsverbrecher seine Rente.

Hubertus Bikker, ein ehemaliges Mitglied der *Waffen-SS*, Wächter des Straflagers Erika in Ommen (NL), damals bekannt als der "Henker von Ommen", hat 1953 politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland erhalten.

Nach Einschätzung des Leiters des Wiener Dokumentationszentrums zur Verfolgung von Naziverbrechern, Simon Wiesenthal, gibt es noch tausende mutmaßlicher NS-Täter die unter falschem Namen leben. Sie halten sich, falls nicht mittlerweile verstorben, vor allem in Südamerika, einige aber auch in Deutschland versteckt.

Hubertus Bikker mußten wir nicht aus einem Versteck zerren. Sein Name steht in jedem Telefonbuch, seine Verbrechen sind in den Niederlanden einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Bikker mußte sich 1949 vor einem holländischen Gericht wegen zweifachen Mordes und unzähligen Mißhandlungen verantworten. Er wurde damals zum Tode, nach Bewährung zur lebenslänglichem Haft verurteilt. Der Henker von Ommen, so nannten ihn die Häftlinge des Lagers Erika bei Ommen, tat sich bei der Jagd nach "Underduikers", also in den Untergrund abgetauchten Menschen, mit seiner besonderen Brutalität hervor. Zwei Morde konnten ihm direkt angelastet werden: "Auf der Flucht" erschoß er den Widerstandskämpfer Houtmann und tötete den untergetauchten Meijer.
Was den verurteilten Mörder vor der Strafe bewahrt hat, ist seine deutsche Staatsangehörigkeit, die er aufgrund des *Führererlasses* vom Mai 1943 automatisch als *Mitglied der Waffen-SS* bekam. Weiterhin hat das Gericht in Dortmund 1957 beschlossen, daß es "zu wenig Beweise" für eine Verfolgung in Sachen Bikker gäbe.

Die ungeheuerliche Geschichte begann am zweiten Weihnachtstag 1952. Zusammen mit sechs anderen Nazis, die alle zur *Sicherheitspolizei*, besser der *Schlägereinheit*, des Lagers Erika gehörten, gelang dem *Henker von Ommen* die Flucht aus dem Gefängnis in Breda. Am gleichen Tag meldeten sich die Verbrecher bei einem Polizeirevier in einer kleinen deutsch-holländischen Grenzstadt. Dort wurden sie von einem Polizisten, selbst ehemaliges Mitglied der *Waffen-SS*, freundlich aufgenommen und durften sogar in der Polizeiwache übernachten. Unter Zahlung von 10 DM Bußgeld wegen *illegalen Grenzübertritts* durften sie ungehindert ihre Flucht fortsetzen. Die Flüchtigen wurden durch den *Interessenverband der vertriebenen Holland-Deutschen*, genannt *Die schwarze Tulpe* unterstützt.
Hubertus Bikker betrat am letzten Tag des Jahres 1952 das Sozialamt in Hagen. Er wollte dreisterweise Sozialfürsorge beantragen, was ihm eine kurzzeitige Verhaftung einbrachte. Aber er war bald wieder frei, auf höchster Ebene wurde verfügt, daß die Gruppe von holländischen Angehörigen der *Waffen-SS* nicht an Holland ausgeliefert werden dürfe. "Sie haben während des Krieges ihre niederländische Staatsangehörigkeit verloren und die deutsche Staatsangehörigkeit erworben."
Hubertus Bikker lebt seitdem in Hagen. Er hat seine Rente als damaliger Hausmeister und Nachtwächter der Firma Nord-West gesichert.

Wir sind heute hier zusammen mit holländischen AntifaschistInnen, um dem Nazimörder und Kriegsverbrecher keine Ruhe zu lassen und seine Nachbarn und Bekannten in dieser Stadt über das "Vorleben" des Herrn zu informieren.

Autonome AntifaschistInnen in Erinnerung an Hannie Shaft

Hannie Shaft bildete zusammen mit Freddie und Truus Oversteegen ein Spezialteam, das bewaffnet gegen die deutschen Besatzer, die Gestapo und den Sicherheitsdienst vorging. Die Gruppe unternahm neben Sabotageaktionen auch Aktionen gegen Verräter und Kollaborateure. Am 26. März 1945 wurde Hannie Shaft verhaftet. Sie wurde von Bikkers "Kameraden" tagelang gefoltert. Am 17. April brachte man sie in die Dünen von Bloemendaal. Der erste Schuß streifte sie nur. "Ich kann besser schießen als ihr!" schrie Hannie ihre Mörder an.

Von Holländern zum Tode verurteilt

‚Henker von Ommen' lebt seit 40 Jahren unbehelligt in Hagen

Von Martin Krehl

Hagen. Fast 40 Jahre lebt der inzwischen über 80jährige Hubertus Bikker in Hagen-Haspe völlig unbehelligt, niemand interessierte sich für seine Vergangenheit. Die zerrten am Samstagabend etwa 100 großtenteils vermummte Autonome aus Wuppertal und Hagen ins Scheinwerferlicht von holländischen TV-Kameras. Hubertus Bikker soll ein Nazi und der „Henker von Ommen" sein.

Nur das holländische Fernsehen interessierte sich in all den Jahren für den Rentner, der im SS-Folterlager „Erika" bei Ommen in den Niederlanden Widerstandskämpfer gequält und getötet haben soll. 1949 wurde Hubertus Bikker als holländisch-stämmiger Waffen-SS-Angehöriger in Breda zum Tode verurteilt. 1953 konnte Bikker mit sechs weiteren Nazi-Schergen fliehen — nach Deutschland. Ein deutscher Richter verurteilte ihn zu 10 Mark Strafe wegen illegalen Grenzübertritts. Als er 1957 in Hagen Sozialhilfe beantragte, kam Bikker in Haft. Die Adenauer-Bundesregierung lehnte die Auslieferung des durch seine SS-Angehörigkeit zum deutschen Staatsbürger gewordenen Verbrechers jedoch ab.

Bikker wurde Hausmeister und Nachtwächter und lebte unerkannt in Hagen-Haspe – bis Samstag: Da marschierten etwa 100 junge Leute aus Wuppertal und Hagen vor seinem Haus auf, unterstützt von Vertretern der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes und jungen, sogenannten „Autonomen" aus Amsterdam. „Bikker ist ein Mörder" wurde so laut skandiert, daß es auch der letzte Nachbar in der ansonsten ruhigen Wohnstraße mitbekommen mußte.

Genau das war beabsichtigt, auf Flugblättern wurde die ganze Nachbarschaft über Hubertus Bikkers NS-Verbrechen aufgeklärt. Anwohner haben jetzt Angst, daß Bikkers Haus zum Ziel weiterer, dann vielleicht weniger friedlich ablaufender Aktionen wird. Angekündigt wurde schon ein Reisebus voll Holländer, ehemalige Insassen des Lagers von Ommen und deren Angehörige.



„Kein Vergeben" forderten die Demonstranten. (WR-Bild: Hecker)

KAMPF DER RASSISTISCHEN PRAXIS DER ARWOBAU

Die ARWOBAU, eine senatseigene Wohnungsbaugesellschaft, betreibt auch alle Berliner VietnamesInnenwohnheime, die Gehrenseestraße, die Zingsterstraße und die Rhinstraße. Und das mit großen Gewinnen. Für einen Nutzungsvertrag müssen ungefähr 30 DM/m² gezahlt werden. Um die Instandhaltung kümmert sie sich überhaupt nicht, die Häuser sind in einem miserablen Zustand, Toileten sind defekt, Rohre geplatzt, der Putz fällt von den Wänden, in den Küchen, in denen oft nur 1 Herd funktioniert (für 50 Personen), sind die Fensterscheiben kaputt, die Elektroinstallationen sind defekt (es gab schon mindestens einen Kabelbrand, bei dem ein Zimmer völlig ausbrannte).
Diese rassistischen Praxis wurden seitens der ARWOBAU jetzt noch verschärft; seit Ende August wird das Heim in der Rhinstr. Block für Block geräumt. Zudem ist das Rückübernahmeabkommen BRD-Vietnam seit Ende September in Kraft und Heckelmann will bis Ende 95 2500 Leute nach Vietnam abschieben. Das alles wird von einer rassistischen Hetzkampagne in den bürgerlichen Medien (hier insbesondere BZ, Welt und Tagesspitzel) begleitet.
Durch den Widerstand der MieterInnen konnte es erreicht werden, daß die ARWOBAU allen HauptmieterInnen Ersatzwohnraum versprach und der ehemalige Heimleiter, Kretschmann, der sich durch eine besondere Brutalität gegenüber den VietnamesInnen auszeichnete und auch schon UnterstützerInnen angegriffen hat, abgesetzt wurde. Die Taktik der ARWOBAU hat sich nach diesen Mißerfolgen, besonders auch wegen der schlechten Presse, geändert. Der neue Heimleiter Pirker setzt auf eine Zusammenarbeit mit den Ausländerbullen. Die Räumung des letzten Blockes, dem Block D, begann er am Dienstag, dem 7.11. mit einer Polizeirazzia, bei der alle VietnamesInnen, die keinen legalen Aufenthaltstitel für Berlin hatten, gezwungen wurden zu unterschreiben, daß sie "freiwillig" ausreisen. Bei der zwangsweisen Meldung auf der Bullenwache am Donnerstag mußten sie eine Geldstrafe zahlen, bekamen aber ihre Papiere zurück. Alle Wohnungen im Block D, deren HauptmieterInnen nicht mehr dort wohnen, wurden sofort geräumt, im Hof türmen sich zerschlagene Wohnungeinrichtungen, die Arbeiter des Abrißunternehmens und die ARWOBAU-Angestellten bedienen sich an Elektrogeräten und anderen Wertgegenständen. Ungefähr 100 von den 250 Wohnungen des Blocks steht jetzt leer, Strom und Wasser funktionieren nur noch teilweise, für ungefähr 50 Personen funktioniert nur noch ein Klo.
Aber die Gebliebenen wollen und können nicht aufgeben. Einige geräumte Wohnungen sind schon wiederbezogen, die Möbel wieder in die Wohnungen getragen. Die Kapazitäten, Leute aufzunehmen, die keine Möglichkeit haben, eine Wohnung legal zu mieten, sind erschöpft. In der Gehrenseestraße, wo Hauptmieter hin umziehen können (wieder nur mit Nutzungsvertrag und noch höheren Mieten), finden Eingangskontrollen statt, so daß die Wohnungen nur noch von dem/der HauptmieterIn genutzt werden. Deshalb will niemand in die Gehrenseestraße umziehen, da sich die Miete niemand alleine leisten kann und die ganze Infrastruktur aus der Rhinstraße fehlt.
Die neue Taktik der ARWOBAU nutzt die auch von der linksliberalen mitgemachte Trennung in sogenannte "Legale" und "Illegale" aus, harte Repression gegen die ohne legalen Aufenthaltstitel, die in der öffentlichen Meinung als fast vogelfrei gelten und Ausbeutung der, die noch in Berlin und Deutschland bleiben dürfen. Dabei arbeitet die ARWOBAU mit den Ausländerbullen zusammen, die Bullen räumen die Wohnungen, dafür liefert die ARWOBAU VietnamesInnen ohne Aufenthaltsrecht an die Abschiebemaschiene aus. Begleitet wird dies von einer Pressekampagne, die gegen die VietnamesInnen hetzt und die ARWOBAU als die darstellt, die wieder Ordnung schafft.

Schluß mit der rassistischen Vermietungspraxis der ARWOBAU!
Erhalt und Instandsetzung der Rhinstraße!
Die ARWOBAU ist Teil der Abschiebemaschiene!
UNTERSTÜTZT DEN WIDERSTAND IN DER RHINSTRAßE!
WERDET AKTIV GEGEN DIE ARWOBAU!

F.e.I.S. ANTIFA FRIEDRICHSHAIN

Der Rassismus der ARWOBAU stinkt zum Himmel
Jetzt stinkt die ARWOBAU

Wir haben in der Nacht vom 9. auf den. 10. November bei der der Zentrale der ARWOBAU in der Schulze-Boysen-Straße (Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee Süd) mehrere Scheiben eingeschlagen und Buttersäure hinterhergeworfen. Für uns ist der 9. November kein Tag für von oben angeordnete Feierstunden der Maueröffnung von 1989, sondern ein Tag des Widerstands gegen die menschenverachtende und rassistische Praxis dieses Staates und seiner Handlanger. Nicht nur wollen die Herrschenden mit dem ritualisierten Bezug auf das deutschnationale Spektakel vom 9.11.89 die Erinnerung an den antisemitische Pogrom vom 9.11.38 verdrängen, für die Nicht-Deutschen in der DDR, ohnehin von Sozialisten schon ghettoisiert und ausgebeutet, stand der 9.11.89 für den Anfang ihres Endes in diesem Land. Sie wurden zu Überflüssigen gestempelt und systematisch aus allen Lebensmöglichkeiten herausgedrängt, um letztendlich deportiert zu werden. Wie die Pogromnacht von 1938 eine Stufe in einem Prozeß der Ausgrenzung, Internierung, Deportation und schließlich Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden war, so zeigt die Behandlung der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen die abgemilderte, aber keineswegs gebrochene faschistische Kontinuität: Beseitigung der Überflüssigen. Die ARWOBAU spielt in diesem Prozeß eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Seit Anfang des Jahres räumt die landeseigene ARWOBAU systematisch alle Wohnheime von VietnamesInnen. Aktuell sind von dieser Rausschmißpolitik die Wohnblocks in der Rhinstraße betroffen. Eine kleine Gruppe vietnamesischer MieterInnen hält hier allerdings an ihren mietvertraglich zugesicherten Rechten fest und hat bisher in den Wohnblocks ausgeharrt. Um diese letzten MieterInnen zu vertreiben, bedient sich die ARWOBAU der klassischen Mittel eines Slumlords: Strom und Wasser werden abgestellt, der Wachschutz terrorisiert die MieterInnen, Türen werden eingetreten ...

Die Praktiken der ARWOBAU sind schon lange bekannt. Die ARWOBAU hat aus den Wohnheimen der VietnamesInnen immer maximale Profite gezogen - von MieterInnen, die keine andere Wahl hatten und haben als jeden Preis zu zahlen. 30 DM Miete pro Quadratmeter für eine 12qm Wohnung sind der Normalfall bei der ARWOBAU. Instandhaltungsmaßnahmen für die Wohnheime gab es nur auf dem Papier. Hier sind Rassismus und Profitgier zwei Seiten einer Medaille. Der Berliner Senat als Eigentümer der ARWOBAU billigt und unterstützt diese Praktiken.

Denn die Rausschmißpolitik der ARWOBAU ist ein wesentlicher Bestandteil der Abschiebepolitik des Berliner Senats. Insbesondere bei ehemaligen VertragsarbeiterInnen geht die Rechnung für den Senat und die Ausländerbehörden voll auf. Denn: Keinen ausreichenden Wohnraum = keinen festen Aufenthaltstitel, keinen Aufenthaltstitel = illegal, illegal = Abschiebung. Darüber hinaus setzt der Berliner Senat darauf, daß täglicher Terror und Schikanen die Zahl der "freiwilligen RückkehrerInnen" in die Höhe treiben wird.

Auch hier gilt: Schaut nicht weg - Greift ein !
Wohn- und Bleiberecht für Alle !

Autonome Gruppen "Tet-Offensive Lichtenberg"

Offene Erklärung der AA(M) zum Umgang mit dem Vergewaltigungsvorwurf gegen einen Genossen

Vor kurzem ist der offene Brief eines FrauenLesben Regionalplenums bekannt geworden, in dem der Vorwurf erhoben wird, wir würden einen Vergewaltiger schützen und die betroffene Frau angreifen. Die Verbreitung dieses Vorwurfs geschieht zwangsläufig in Unkenntnis unserer Sichtweise des Sachverhalts, da wir uns aus kriminalisierungstechnischen Gründen bisher darauf beschränkt haben, unsere Sicht entweder mündlich oder auf Anfrage schriftlich zu vermitteln. Rückblickend müssen wir jedoch feststellen, daß unsere Einbehaltung von Informationen es vielen unmöglich gemacht hat, unsere Perspektive kennenzulernen und unser Verhalten zu beurteilen. Die Auseinandersetzung mit dem Fall hat ihre Zeit beansprucht und dauert auch weiterhin an. Diese Zeit war notwendig, um eine gründliche Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Wir werden im folgenden unsere Ansprüche an das Thema Patriarchat und unseren praktischen Umgang mit Sexismus darlegen. In unserer Reaktion auf den Vorwurf ging es uns erst einmal darum, die Position der Betroffenen ernstzunehmen, ihre Forderungen zu unterstützen und ihr weitestgehend entgegenzukommen. Darüberhinaus war es für *unseren* Umgang mit dem Täter notwendig, seine Tat an *unseren* Ansprüchen an das Verhalten eines Genossen in einer gemischten Gruppe zu messen.

Der Kampf gegen den Imperialismus muß Hand in Hand mit dem Kampf gegen das Patriarchat geführt werden. Das erfordert theoretische wie praktische, öffentliche wie persönliche Anstrengungen. Der Auseinandersetzung mit dem Patriarchat widmet sich bei uns seit Anfang 1992 eine ständige Arbeitsgruppe, in der Frauen und Männer gemeinsam Standpunkte entwickeln und daraus eine Praxis ableiten. Seitdem initiieren wir gemischt eigenständige Veranstaltungen und öffentliche Aktionen gegen das Patriarchat. Darüberhinaus fließen diese Standpunkte in die allgemeinen Theoriepublikationen und Aktionen der Gruppe ein.
Seitdem versuchen wir auch - über moralische Appelle hinaus - interne Maßnahmen zu ergreifen, die das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen innerhalb der Gruppe verringern sollen.
Da Männer die alltäglichen Profiteure dieses Widerspruchs sind, tragen sie auch eine besondere Verantwortung für ihre persönliche Veränderung. Auf der Grundlage ihrer faktischen Nutznießerrolle kann das für sie nur heißen, von liebgewonnenen Privilegien Abschied zu nehmen, während Frauen durch die Erkämpfung ihrer Rechte dazugewinnen. Sinn und Zweck solcher Maßnahmen ist es, für Frauen in bestimmten Bereichen einen formellen Machtüberschuß zu schaffen, der das informelle Machtungleichgewicht ausgleichen soll. Zu solchen Maßnahmen gehört beispielsweise die Einführung einer quotierten Redeliste, die geschlechtsspezifischem Redeverhalten Rechnung trägt.
In diesem Zusammenhang steht auch eine Maßnahme zum Umgang mit Sexismus in der Gruppe, die wir Anfang 1994 eingeführt haben. Da wir uns bewußt gemischt organisieren, unterscheidet sich unser Umgang von dem Umgang von FrauenLesbengruppen mit Sexismus. Unsere Basis bildet das bewußte Eingeständnis von Geschlechterrollen und der Wille, diese so weit wie möglich abzubauen. Auf dieser Grundlage bedeutet der Umgang mit Sexismus für uns eine ständige Auseinandersetzung und damit die Forcierung einer Weiterentwicklung von Männern und Frauen in der Gruppe. Die gemischte Organisierung bedeutet für die Frauen der Gruppe natürlich auch, in einigen Punkten nicht auf derselben Bewußtseinsebene arbeiten zu können, wie es in einer Frauengruppe möglich wäre. Diesem Zugeständnis der Frauen muß von den Männern der Gruppe Rechnung getragen werden.
Wir verstehen es prinzipiell als unsere Pflicht, einen Vorwurf des Sexismus ernstzunehmen und daraus praktische Konsequenzen zu ziehen.

Die Regelung für den Umgang mit Sexismus in der Gruppe sieht folgendes Verfahren vor: Nach Bekanntwerden eines Vorwurfs gegen einen Genossen beginnen getrennte Diskussionen in einem Frauen- und einem Männerplenum. In beiden Gruppen soll ein einheitlicher Informationsstand hergestellt werden und eine Bewertung des Ereignisses stattfinden. Die Grundlage dafür bildet in erster Linie die Darstellung der betroffenen Frau, die auch schriftlich oder über eine Delegierte erfolgen kann. Dabei geht es uns weniger um Details als vielmehr um eine grobe Erläuterung des Vorwurfs. Darüberhinaus halten wir es auch für notwendig, daß der Täter vor beiden Plena Rede und Antwort steht. Die grundsätzliche Entscheidung über den Verbleib eines Genossen in der Gruppe liegt bei den Frauen, da Frauen unmittelbar von einem Sexisten betroffen sind. Wenn die Entscheidung zugunsten des Genossen ausfällt, legen die Frauen außerdem fest, welche Bedingungen sie an seinen Verbleib knüpfen. Währenddessen überlegen sich die Männer, wie eine weitere Auseinandersetzung mit dem Genossen im Falle des Verbleibs aussehen könnte. Das Hauptziel der Diskussion unter den Männern soll sein, das gemeinsame Bewußtsein über das Herrschaftsverhältnis zwischen Frauen und Männern weiterzuentwickeln.
Danach findet ein gemischtes Treffen statt, auf dem die Frauen ihre Entscheidung bekanntgeben und begründen. Hier wird eine offene Meinungsäußerung und Auseinandersetzung der Männer zu der von den Frauen getroffenen Entscheidung erwartet.
Wir haben uns bewußt gegen eine Anhörung der Männer vor der endgültigen Entscheidung der Frauen entschieden, da der Informationsstand der beiden Plena der gleiche ist und in einer derart kritischen Frage die Entscheidungskompetenzen so eindeutig wie möglich sein sollten. Bei dem Entschluß zu dieser Regelung haben wir versucht, Erfahrungen Rechnung zu tragen, die wir bei Vergewaltigungsdiskussionen in der autonomen Szene gemacht haben.
Als gegen einen Genossen der Vorwurf einer Vergewaltigung erhoben wurde, hatten wir also schon eine Orientierung für den praktischen Umgang damit.

Bei diesem Umgang trafen wir dann auf einige

Schwierigkeiten:
Zum einen erfolgte die Beschuldigung der Vergewaltigung ohne jegliche Erläuterung. Der Artikel wurde von einer FrauenLesbengruppe geschrieben, die von der betroffenen Frau um Unterstützung gebeten wurde. Die Frau selber war unter keinen Umständen zu einem Gespräch mit Genossinnen unserer Gruppe bereit. Wir verstehen diese Entscheidung und respektieren sie, trotz der daraus resultierenden Probleme auf unserer Seite. Eine der Folgen war eine große Unklarheit unsererseits, da die unterschiedlichsten Versionen über die Tat in Umlauf waren, und auch die FrauenLesbengruppe uns jegliche nähere Erläuterung vorenthielt.
Zum anderen geschah die Bezeichnung der Vergewaltigung aufgrund einer Definition, die die Frauen unserer Gruppe nicht teilen. Doch dazu gleich mehr. Letztlich zwingt uns die Kriminalisierung, in der Öffentlichkeit sehr sparsam mit Informationen über einzelne Mitglieder umzugehen.

Was die Bewertung des Vorfalls betrifft, war es für uns von größter Wichtigkeit, das subjektive Empfinden der betroffenen Frau ernstzunehmen und zu akzeptieren. Das hieß erst einmal, die Forderungen zu unterstützen, die die Frau selbst an den Täter stellt. Die entscheidendste ist, daß er sich den privaten und öffentlichen Bereichen fernhält, die der betroffenen Frau zuzuordnen sind. An anderen Orten (auch Demos) hat er sich ohne Aufforderung zu entfernen, sobald sie anwesend ist. Entscheidend für unsere Unterstützung dieser Forderungen war, die realen Bedrohungsängste der Betroffenen ernstzunehmen und sie darin zu unterstützen, ihre Grenzen klar zu definieren.

Für unseren *eigenen* Umgang mit dem Fall erarbeiteten die Frauen der Autonomen Antifa (M) in eigener Auseinandersetzung eine Definition, die als Grundlage für eine Bewertung dienen konnte. Was die Definition betrifft, fängt nach Ansicht der FrauenLesbengruppe Vergewaltigung da an, wo Grenzen mit sexueller Absicht überschritten werden durch psychischen, physischen und sozialen Druck. Wobei die sexuelle Handlung nicht das Ziel ist, sondern das Mittel, um Macht auszuüben. Ebenso wie die FrauenLesben lehnen wir es strikt ab, wenn ein Mann die Grenzen einer Frau überschreitet. Eine Vergewaltigung beginnt für uns da, wo ein Mann *gegen den verbal oder nonverbal ausgedrückten Willen* einer Frau eine sexuelle Handlung vollzieht oder die Frau zu einer sexuellen Handlung zwingt und sie damit in ihrer körperlichen Integrität verletzt. Diese Definition schließt das Vorliegen einer durch psychischen oder physischen Druck des Mannes geschaffenen Atmosphäre ein, in der sexuelle Handlungen von der Frau erpreßt werden, ohne daß sie ihre Ablehnung gegen einen einzelnen Übergriff ausdrückt. Vergewaltigung ist einer der extremsten Ausdrücke des Patriarchats. Vergewaltigung steht jeder revolutionären Perspektive entgegen. Eine politische Zusammenarbeit mit einem Vergewaltiger in der Gruppe ist für uns nicht vorstellbar.

In der Realität befanden wir uns in einem großen Dilemma: Auf der einen Seite ein pauschaler Vergewaltigungsvorwurf aufgrund einer Definition, die wir nicht teilen. Auf der anderen Seite fehlte uns jegliche Erläuterung zu dem Vorwurf, um den Vorfall anhand unserer Ansichten zu bewerten. Nach einigen erfolglosen Versuchen einiger Genossinnen, ein Gespräch mit der betroffenen Frau zu erreichen, entschieden sich die Frauen der Autonomen Antifa (M), ihre Bewertung nur auf die Darstellung des Täters zu stützen, obwohl uns klar ist, daß seine Sichtweise nur die eigene Wahrnehmung widerspiegeln kann.

Nach der Darstellung des Beschuldigten werten die Frauen der Autonomen Antifa (M) sein Verhalten nicht als Vergewaltigung. Auf Wunsch der betroffenen Frau verzichten wir an dieser Stelle auf eine Wiedergabe der Darstellung des Täters. In unseren Augen handelt es sich vielmehr um ein äußerst kritikwürdiges sexistisches Verhalten in einer Beziehung, die von einer typischen Rollenverteilung geprägt war. Also ein Verhalten, das unter Männern leider recht üblich ist.

Der Täter setzte sich von Anbeginn über den Vorwurf mit Freunden und Freundinnen auseinander. Er versuchte, mit der Betroffenen selbst und über Dritte Kontakt aufzunehmen. Sie lehnte jeden Kontakt mit ihm verständlicherweise ab. Er informierte auch die Gruppe von dem Vorwurf.
Der Täter sieht sein Fehlverhalten ein und wurde dafür detailliert kritisiert. Als Konsequenz wurden ihm von uns verschiedene Bedingungen auferlegt: Die entscheidendste ist das Meiden der Bereiche der Betroffenen. Eine weitere, für uns unerläßliche Bedingung ist, daß er sich im Rahmen der Gruppe weiterhin mit dem Geschlechterwiderspruch auseinandersetzt.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß unser Vorgehen nicht unangreifbar ist, vor allem aufgrund der fehlenden Darstellung der Betroffenen selbst. Im großen und ganzen hat uns diese gründliche Auseinandersetzung jedoch einen großen Schritt vorangebracht: Durch die intensiven Diskussionen sind sowohl Frauen wie Männer in der Gruppe bewußter gegenüber dem alltäglichen Sexismus geworden.

Es wäre für uns erheblich leichter gewesen, den Genossen sofort nach dem Bekanntwerden des Vorwurfs aus unseren Augen zu schaffen, um den Eindruck einer weißen Weste zu wahren. Schwarzweißdenken ist gerade wegen seiner scheinbaren radikalen Konsequenz sehr verführerisch. Die Realität stellt sich jedoch oft differenzierter dar. Sexistisches Verhalten von unterschiedlicher Qualität fordert auch unterschiedliche Konsequenzen.
Für den Umgang mit Sexismus gibt es kein Patentrezept, kein Vorgehen ist perfekt und jedes Handeln ist deswegen auch immer angreifbar. Wir stehen auch in Zukunft zu unserem Umgang mit Sexismus, auch wenn wir dabei in Einzelfällen Kritik hinnehmen müssen.

Autonome Antifa (M)
9. November 1995

"Wenn eine Opposition ihre emanzipative Kraft verliert, tritt der Reflex auf, sich umso stärker an ihre Strukturen und Regeln zu klammern, die Gewähr für den überkommenen Aufbruch und dessen Ende sind, Dieser Reflex führt zu einem Bekämpfen jeder emanzipativen Idee, die Gefahr läuft, diese Strukturen auch nur zu benennen, Die Immunisierung gegen emanzipative Momente besiegelt deren Untergangsdynamik und mündet in einer Situation, in der Emanzipation nur im Widerspruch zu der antiquierten Opposition möglich wird,"

WIE TÄTER VOM HIMMEL FALLEN

Der "herrschende" Umgang mit einem sexuellem Mißbrauch soll nicht unwidersprochen bleiben. Dieses Papier ist also Ausdruck der Nicht-Bereitschaft, eine (szenelinke) *Normalität* ihrer so sanften wie knallharten Ruhe zu überlassen.
In den "Auseinandersetzungen" der letzten Monate ließen sich für mich keine wesentlichen Unterschiede zwischen einem "linken" und einem "mehrheitsgesellschaftlichen" Umgang mit eigener und struktureller Gewalt erkennen. Ich denke, das stellt kein persönliches sondern ein politisches Problem dar, und in der augenblicklichen Situation wäre es schon viel, wenn es als ein solches begriffen würde.
Dieses Papier ist nicht auf die vermeintlich identischen Verhaltensweisen einer imaginären homogenen Szene gemünzt. Vielmehr geht es mir auch um eine Aufforderung an die Leute, die sich noch nicht jeden Veränderungsanspruch abgeschminkt haben, Widerspruch gegen die "herrschenden" Umgehensweisen lautzumachen.

Seit ungefähr drei Monaten geht es um den Vorwurf des sexuellen Mißbrauchs eines Szenemannes an der Tochter seiner ugandischen Frau. Das Mädchen hatte der Mutter von ihrer Gewalterfahrung erzählt, die daraufhin den Vorwurf gegen ihren Mann offenmachte.
In einem späteren Gespräch mit einer Bekannten war es dem Mädchen nicht möglich, das Gesagte zu wiederholen, sie sagte nur, daß er bei ihr im Bett gelegen habe. Kurze Zeit später fuhren der Mann, die Frau und ihre zwei Kinder nach Uganda. Sie kamen ohne die Tochter zurück. Sie gaben lediglich eine Postadresse bekannt, unter der das Mädchen zu erreichen sei; was der WG, in der die Frau und ihre Kinder längere Zeit gewohnt hatten, bisher nicht gelang. Die Frau und ihr Sohn leben jetzt mit dem Mann zusammen; ihre Aufenthaltsberechtigung ist an die Ehe geknüpft. Der Mann hat bis vor kurzem in einer Krabbelstube gearbeitet, dann aber auf den Druck eines Elternpaares hin gekündigt.

Nach wochenlangen vereinzelten Diskussionen und Gerüchteküchen gab es am Freitag, 20.10. das erste halb-öffentliche Szenetreffen dazu. Eingeladen hatten Leute, die eine persönliche/politische Geschichte mit dem Mann verbindet, es kam dann ein breiterer Kreis von Leuten aus dem Zentrumsspektrum zusammen. Das Treffen war nicht vorbereitet, es gab keine konkreten Fragestellungen. Auch ob eine "gemischte" Diskussion zu dem Thema sinnvoll ist, war vermutlich nicht überlegt worden. Ich will an diesem Treffen meinen Standpunkt zu dem Mißbrauch und dem Umgang damit deutlich machen.

Das "eskalierende Moment".
Einigen Leuten schien es bei dem Treffen darum zu gehen, durch den Austausch von Informationen herauszukriegen, ob es nun wirklich zu dem "eskalierenden Moment", sprich einer Vergewaltigung gekommen sei oder nicht. Eine Person war der Ansicht, daß es ohne dieses "eskalierende Moment" keinen Grund für das Treffen (also für eine Auseinandersetzung überhaupt) gegeben hätte. Alles, was an sexueller Gewalt unterhalb dessen gelaufen ist, wäre demnach unter *Normalität* abgebucht und vergessen worden. *Normal* im Sinne von *alltäglich* ist das natürlich, die Frage ist nur, ob ich davon "profitiere", ob ich mich damit arrangiere und abfinde, oder ob das verdammt noch irgendwas für mich heißt.

Was ist eigentlich das "Spannende" an diesem "eskalierenden Moment"? Scheinbar geht es darum, in detektivischer Kleinstarbeit Details zu ermitteln, die dann entweder als Indizienkette zur überführung und Verurteilung des Täters führen sollen, oder aber, mangels Stichhaltigkeit, zum Freispruch. übel wird mir vor allem wegen des "voyeristischen Moments" dadrin! Was sich in einer solchen Diskussion zudem ausdrückt, ist ein vollkommen unklarer Begriff von sexueller Gewalt. Wenn mensch die "Eskalation" braucht, um von sexueller Gewalt zu reden und um irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, fängt also Gewalt erst wieder bei der Vergewaltigung an!
Ein Großteil der Leute formulierte daher auch das Bedürfnis, daß der Mann "die Lücke schließen" müsse zwischen dem Vorwurf und seiner eigenen Darstellung. Dies obwohl der Mann selbst schon von "Grenzverletzungen" geredet hat. Die "Entscheidung" über Mißbrauch oder nicht wird also vom Verhalten des Beschuldigten abhängig gemacht. Motto: "Wenn's um Zweifel geht, der Täter hilft dir bestimmt!"
Seit wann entscheiden "wir" wieder oder der Täter, was als ein Mißbrauch angesehen zu werden hat?? Seit wann kann die Aussage eines Opfers wieder problemlos in Zweifel gezogen werden?
Als 'praktisch' erweist es sich hier, daß das Mädchen nur der Mutter gegenüber von ihrer Gewalterfahrung erzählt hat. Daher braucht lediglich die Integrität der 'schwarzen' Mutter in Frage gestellt zu werden, was für viele 'weiße' Leute ja ein leichtes ist. So wurde darauf verwiesen, daß es ständig Streits zwischen der Frau und dem Mann gegeben habe, wodurch diese "komplizierte Geschichte" nur "schwer einschätzbar" sei. Irgendjemand sprach von Eifersucht und verbalisierte damit endlich den Gedanken an den "Mißbrauch mit dem Mißbrauch", der die ganze Zeit im Raum schwebte.

Ich weiß, daß es auch ein paar andere Haltungen dazu gab, aber merkt eigentlich noch irgendjemand, wie reaktionär der mainstream hier ist?? Mißbrauchsstrukturen generell und der konkrete rassistische und sexistische Kontext hier wird von den meisten Leuten vollkommen ignoriert. Zweifel an der Geschichte wurden daraus abgeleitet, daß das Mädchen ihren Vorwurf nicht ein weiteres Mal offen geäußert hat, und die Frau nicht bei einem eindeutigen Standpunkt geblieben ist.
Das Mädchen hatte seit mindestens einem Jahr auf verschiedene Weise Signale gesetzt, bzw. versucht, auf ihre Probleme mit dem Mann aufmerksam zu machen. Vor einem Jahr hatte sie bereits geäußert, daß der Mann ihr beim Vorlesen zu nahe käme. Die Signale sind entweder nicht als solche wahrgenommen, oder aber in Streitgesprächen dem Täter vermittelt worden. Danach hat sich das Mädchen trotzdem noch einmal der Mutter

gegenüber offen gemacht, was eine enorme Gefahr für sie darstellte. Das Aufmachen eines Mißbrauchs bedeutet, anderen Menschen Einblick in den intimsten eigenen Bereich zu geben, in dem sie/er extrem verletzt worden ist. Dazu muß die Gefahr in Kauf genommen werden, darin durch ein Nicht-ernstgenommen-, oder Nicht-geschützt-werden noch einmal verletzt zu werden. Das Offenmachen heißt auch, unter den Bedingungen eines krassen Machtverhältnisses in eine offene Konfrontation zu dem Täter zu gehen, und kann damit existentiell bedrohlich sein. Dies betrifft sowohl die psychischen Innenstrukturen des Kindes (möglicherweise ist seine/ihre Lebensberechtigung an das Mißbrauchtwerden geknüpft), als auch das Machtverhältnis nach außen (meistens hat der Täter das Schweigen des Kindes durch massive Drohungen oder Schuldzuweisungen hergestellt). Daß ein Kind die Schuld für den Mißbrauch letztlich meist auf sich beziehen muß, hat fast immer selbstzerstörerische Konsequenzen.
Sich auf dieser Grundlage zu wundern, warum das Kind nicht ein weiteres Mal von dem Mißbrauch sprach, oder weitere "aufklärende" Gespräche mit dem Kind zu fordern, kann nur noch als zynisch bezeichnet werden.

Was die Frau betrifft, scheint ihre Unterlegenheit in dem rassistischen und sexistischen Kontext, in dem sie den Vorwurf gegenüber dem Mann aufmachte, für die meisten Leute keine Rolle zu spielen. Stattdessen wird an ihrer Glaubwürdigkeit herumgemacht. Die Nicht-Wahrnehmung ihrer Situation als schwarzer Frau in einem doppelten Unterdrückungsverhältnis entspricht der Arroganz derer, die sich auf der dominanten Seite der Machtverhältnisse eingerichtet haben und nun bequem zurücklehnen können. Für die Frau bedeutete die Offenmachung des Mißbrauchs, dieses Gewaltverhältnis zu durchbrechen und ihre Lebensberechtigung in diesem beschissenen Land zu gefährden. Einige Leute winkten an diesen Punkten in der Diskussion einfach nur ab.

Täterschutz oder Die heilige Kleinfamilie.
Konsequenz aus alldem ist unter anderem, daß die meisten Leute weder für die Frau noch für ihren Sohn, die weiterhin mit dem Mann zusammenleben, Unterstützung von professioneller Seite wie Zartbitter oder Wildwasser in Betracht ziehen wollen (die WG ist eine Ausnahme). Damit wird der Mißbrauch auf eine Täter-Opfer-Beziehung reduziert und deren gesamtes Umfeld ignoriert. Daß es weitere Täter und Opfer geben könnte, bleibt unberücksichtigt; die möglichen Opfer werden dadurch der Gefährdung oder einer bereits bestehenden Mißbrauchsstruktur preisgegeben! Zu den potentiell Betroffenen zählen hier die Frau, der Sohn und die Kinder in der Krabbelstube. Um den Mißbrauch herum wird zudem ein luftleerer Raum konstruiert, in dem sich niemand nach der eigenen Rolle in der ganzen Geschichte fragen muß.
Als in der Diskussion die Mißbrauchsgefährdung des Sohnes angesprochen wurde, überwog jedenfalls die abweisende Empörung. Hier würde versucht, ein klassisches Tätermonster zu konstruieren und schematisch ein Schluß gezogen. So weit könne mensch sich nicht "vorwagen", und dem Kind am Ende seine Familie zu nehmen. Ich denke, wer hier von Schlüssen redete, wollte sich auf simpelste Weise der Frage nach der *Möglichkeit* entziehen. Im Grunde stellt sich die Frage andersherum: Könnt ihr *ausschließen*, daß das Kind gefährdet ist? Wenn ja, dann seid Ihr dafür verantwortlich. Täuscht Ihr Euch, dann betreibt Ihr Täterschutz.

Nobody in there
Der 'Skandal' des Abends war schließlich die Frage nach eigener Verantwortung. Die Frage, ob das Problem mit "dem Täter" identifiziert wird, oder auch als ein eigenes oder strukturelles Problem begriffen wird; die Frage nach dem, was wahrgenommen wurde, was hätte wahrgenommen werden können, warum vielleicht nichts wahrgenommen wurde oder Wahrnehmungen ohne Konsequenzen blieben. Und die Frage, was das jetzt für uns heißt; wie Blicke und Schranken zu verändern sind, und welche Kriterien wir für Gewalt und den Umgang damit haben müßten.
Diese Frage hätte nicht gestellt werden dürfen. Seltsam dennoch, daß sich fast alle so angegriffen und pauschal verurteilt fühlten. Normalerweise ein untrügliches Zeichen dafür, daß eine Frage ins Schwarze trifft. Von den klassischen Verpisserstrategien ist dann so einiges aufgefahren worden. Schließlich sind diese ja dafür da, auf verdeckte Weise inhaltliche Auseinandersetzungen abzublocken, um keinen Standpunkt beziehen und die dazugehörige Verantwortung übernehmen zu müssen. So wurde natürlich an der *Art* und dem Tonfall der Fragestellung herumgemacht. Natürlich kam auch der Moralvorwurf. Natürlich gab es die Unbeteiligten und die Spötter. Größere Einigkeit schien jedenfalls darin zu bestehen, daß es auf gar keinen Fall irgendwelche Signale gegeben hat, und folglich niemand irgendetwas damit zu tun hat, bzw. daß diese Frage zu gefährlich ist. Wer zuerst was sagt, hat verloren, klar, das ist die einzige Logik, die sich in einer solchen Struktur aufdrängt.
Wie sehr die Frage das Arrangement einiger Leute mit dieser Struktur bedrohte, die sie vermutlich selbst als repressiv und verletzend erlebt haben, zeigte sich in der autoritär-aggressiven Anmache einer Frau, daß schließlich schon vor fünf Jahren festgestellt worden sei, daß solche Auseinandersetzungen in der Struktur nicht möglich wären. Fragt sich, was die einzelnen dadurch mitgetragen und reproduziert haben.

Natürlich kann gesagt werden, daß meine Frage nicht in dem Rahmen hätte diskutiert werden können, daß es dafür eine Vertrauensbasis braucht etc., das Krasse aber ist, daß dieser Frage die Legitimität abgesprochen wurde. Eine Szene, in der solche Fragen tabu sind, ist ein Ort, an dem Täter so richtig aufgehen und sich wohlfühlen. Mir wird schlecht, wenn ich darüber nachdenke, wieviele Leute sich nach diesem Treffen wieder so richtig sicher sein können, daß ihnen keine Gefahr droht, daß ihre eigene alltägliche Gewalt, solange die nicht eskaliert und 100%ig bewiesen ist, keine Konsequenzen für sie haben wird!
Eine solche Szene wird immer wieder von Tätern oder TäterInnen aus dem eigenen Umfeld 'überrascht' werden, und sie ist dafür verantwortlich. Und sie kann, gesellschaftliche Gewaltverhältnisse reproduzierend, die höchstens noch einzelne isoliert für sich reflektieren, kaum den Anspruch erheben, eine irgendwie geartete Alternative darzustellen.
Die Botschaft, die für mich so rüberkam, war daß du entweder bereit bist, dich anzupassen und deine Sehnsucht nach Veränderung in das goldene Szene-Album zu rahmen oder wenn Du's ernstmeinst, die ganze Kraft des Eingefahrenen um die Ohren gebrettert zu kriegen.
Irgendwie kommt mir da die eine Alternative so beschissen wie die andere vor.

Anja, Ffm, den 5.11.95
2. Fassung

Bundesweite Demonstration gegen Abschiebehaft

2.12.95 13Uhr Messeplatz Kassel

Freiheit für die Meuterer aus der JVA Elwe!



Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 ist es für Flüchtlinge und MigrantInnen fast unmöglich, in der BRD aufgenommen zu werden; meist an den Grenzen bzw. am Flughafen werden sie von BGS-lern festgehalten und abgeschoben. Den wenigen, die ins Land gelangen und denjenigen, die schon vor '93 im Land waren, wird mit rassistischen Sondergesetzen, wie z.B. mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Leben hier schwergemacht. Viele werden rigoros und zügig abgelehnt und abgeschoben. Um zu verhindern, daß die Betroffenen sich ihrer Abschiebung widersetzen, z.B. vorher "untertauchen", werden sie ihrer Freiheit beraubt und z.T. in normalen Knästen als auch in extra dafür eingerichteten Abschiebeknästen gefangengehalten.

Gegen die willkürlich verhängte Inhaftierung, gegen rassistische Behandlung und körperliche Mißhandlungen usw. wehren sich Flüchtlinge und MigrantInnen auf verschiedene Weise. Ihre Widerstandsformen reichen vom eigenmächtig verlängerten Hofgang, kollektiver Verweigerung des Essens, Hungerstreiks und Zellenzerstörung bis zu Knastaufständen, wie z.B. in Büren, Berlin und Kassel. Diesen Widerstand wollen wir mit der Demonstration unterstützen.

Kassel steht exemplarisch für den Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD. Die Stadt- und Landkreisverwaltung sowie die ansässigen Gerichte und Vollzugsanstalten sind wie andernorts Teil der von einem erheblichen Teil der Bevölkerung geduldeten und befürworteten Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und Abschiebemaschinerie. Der Aufstand von Abschiebehäftlingen in der JVA "ELWE" im Juli '94 hat die Verzweiflung der



angeblich unerwünschten Flüchlinge verdeutlicht. Am 24.07.94 revoltierte eine große Zahl von Abschiebehäftlingen im Untersuchungs- und Abschiebeknast "ELWE". Sie nahmen einen Schließer als Geisel und forderten die freie Ausreise nach Frankreich, später die Verlegung in eine andere JVA. Am frühen Morgen des nächsten Tages stürmte die GSG 9 den "Fluchtbus" und schlug den Aufstand nieder. 26 Aufständische wurden anschließend ins Polizeipräsidium und in die JVA Wehlheiden gebracht. Hier wurden die meisten von ihnen erheblich mißhandelt. So mußten sie z.B. durch ein Spalier von 10-20 Beamten gehen und wurden während dieses "Gassenlaufs" und auf dem Weg in die Zellen schwer geschlagen und getreten. Einige der Mißhandelten trugen dauerhafte Hör- und Sehschäden davon. Inzwischen sind die Prozesse gegen die Aufständischen abgeschlossen, die vor dem Jugendschöffengericht und der 1. und 6. Strafkammer des Landgerichts Kassel geführt wurden. Ein Prozeß wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt, in allen anderen Prozessen wurden Haftstrafen zwischen 1,5 und 5,5 Jahren ausgesprochen. In zwei Fällen ging der zuständige Richter weit über das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß hinaus.
Die Prozesse wurden in Kassel kaum wahrgenommen. Die Abschiebehaft und ihre Praxis in Kassel, 23 Stunden Einschluß am Tag, mangelhafte Verpflegung, fehlende Kontaktmöglichkeiten zu Bekannten und Verwandten, vielfach nicht gewährleisteter Rechtsbeistand usw., wurde öffentlich kaum in Frage gestellt und diskutiert. Die Ermittlungen gegen die mißhandelnden JVA-Beamten wurden von der Staatsanwaltschaft und der JVA-Leitung verschleppt und sind inzwischen in Vergessenheit geraten. Mit der Demonstation wollen wir diesen kollektiven Gedächnisschwund lautstark abbauen und die algerischen Flüchtlinge unterstützen.
Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen in großen Teilen der Welt, von denen die Wirtschaft der Metropolen, allen voran die USA, Japan und die EG profitieren, gibt es weltweit immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen, die vor Kriegen und Bürgerkriegen, sexueller, rassistischer, politischer und religiöser Verfolgung fliehen oder wegen großer Armut und wirtschaftlicher Not ihr Land verlassen. Diese und andere Motive sind im Einzelfall nicht zu trennen. Die Menschen, die sich auf den Weg nach West-Europa oder sonstwohin machen, haben ein Recht darauf, auch dorthin zu kommen und zu bleiben. Dafür wollen wir mit dieser Demonstration ein Zeichen setzen - gegen die Verantwortlichen von Diskriminierungs-, Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik und auch gegen diejenigen, welche diesen staatlichen Rassismus unterstützen, hinnehmen oder wegschauen.

WEG MIT DEN ABSCHIEBEKNÄSTEN UND DEN RASSISTISCHEN SONDERGESETZEN!
FREIHEIT FÜR DIE MEUTERER AUS DER "ELWE"!
AUFKLÄRUNG DER MIßHANDLUNGEN UND ENTLASSUNG DER TÄTER!
FÜR DAS RECHT DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN, HIERHER ZU KOMMEN UND ZU BLEIBEN.

UnterstützerInnen:
Kassel: AStA der Gh Kassel; Autonomes Frauenhaus; Autonomes Zentrum BAZILLE; Redaktion BRÜCHE; ELWE-Prozeßbeobachtungsgruppe; FANTIFA, FIF - Frauen Informieren Frauen e.V.; Gruppe Autonomer Männer (GRAM); Ini gegen Abschiebung; Initiativkreis für den Aufbau einer internationalen Solidaritäts- und Hilfsorganisation;Iranischer Flüchtlingsrat; Gruppe ISKA - Internationale Solidarität und Kulturaustausch; Kommune Niederkaufungen; K.R.A.W.U.M. e.L; Libertäres Radioforum; Unterstützungskomitee "Rettet Mumia Abu-Jamal";Schwarze Winkel e.V. gegen sexuelle Gewalt an Frauen und Mädchen; StudentInnengruppe Kurdistan; SAK SchülerInnen-Aktions-Komitee; JRE; **Arolsen:** Antifa Arolsen; **Berlin:** Antirassistische Initiative (ARI); AntiRepressionsBüro; Ini gegen das "Asylbewerberleistungsgesetz"; **Bochum:** Antifa "Die kleinen Strolche"; Roma-UnterstützerInnengruppe; **Braunschweig:** AStA der TU; **Bremen:** Redaktion KASSIBER; **Darmstadt:** Infocafé; **Dresden:** Infoladen Schlagloch; **Frankfurt/M.:** Anti-Rassismus Gruppe; Dritte-Welt-Haus; WADI - Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit; **Göttingen:** Antifa GNOM; Antirassismus-Plenum; AStA der Uni; Basisgruppe Geschichte; Basisgruppe Germanistik; Fachschaftsrat Historische Philosophie; Fachschaftsräte-Versammlung der Uni ; SUMPF; **Hamburg:** Glasmoorgruppe; **Hanau:** AG3F; **Hannover:** AK Antirassismus; ARAK; AStA der Uni; **Köln:** Jugendclub COURAGE; **Marburg:** BIGAM; **Offenbach:** Initiativkreis "Bleiberecht" Hessen; **Oldenburg:** AStA der Uni; **Stuttgart:** AK gegen Rassismus, Uni; Bündnis gegen Abschiebung; **Tübingen:** Bündnis gegen Abschiebehaft.

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Kassel

Aufruf zur bundesweiten Demonstration am Samstag, 18. 11. '95 in Köln, um 11 Uhr ab Ebertplatz

FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG IN KURDISTAN

Seit 1993 gilt in der BRD das sog. "PKK-Verbot". Anläßlich des 2. Jahrestages gehen wir auf die Straße. Wir fordern das Recht der freien politischen Tätigkeit für Kurden und Kurdinnen in Deutschland, wir fordern eine politische Lösung in Kurdistan.

Es ist offensichtlich: Gemeinsam mit der Türkei betreibt die Bundesregierung die politisch-militärische Eskalation gegen die Freiheitsbestrebungen des kurdischen Volkes. Deutsche Waffen werden geliefert, deutsches Geld sichert das Überleben der türkischen Wirtschaft unter den Bedingungen des Krieges, deutsche Diplomatie und Einfluß hält der Türkei auf internationaler Ebene den Rücken frei. Mit dem Verbot der PKK, der ERNK und 35 kurdischen Vereinen vor zwei Jahren ist dieser Kurs gegen die Möglichkeit einer politischen Lösung auch innenpolitisch eskaliert.

Damals wie heute betrachtet die Türkische Republik die kurdischen Gebiete als Kolonie, deren Bodenschätze (Öl, Chrom, Wasser) und Menschen ausgebeutet werden. Für die NATO - insbesondere die Bundesrepublik Deutschland - ist Kurdistan nicht nur Rohstoffreservoir, sondern zugleich Aufmarschgebiet im Mittleren Osten und Durchgang zum Kaukasus und den neuen zentralasiatischen GUS-Staaten. Der NATO-Partner Türkei als regionale Ordnungsmacht sichert das. In den expansionistischen Plänen westlicher Kontrolle und Sicherung existiert kein Kurdistan. Sämtliche Versuche der kurdischen Bevölkerung, die eigenen Interessen mit friedlichen und legalen Mitteln durchzusetzen, wurden mit Gewalt bis hin zum Völkermord unterdrückt.

Deutschland leistet aktive Beihilfe. Der türkische Krieg gegen Kurdinnen und Kurden wird umfangreich finanziert und gesichert. Die BRD ist nicht nur der wichtigste Handelspartner der Türkei, sondern - gleich hinter den USA - auch der größte Waffenlieferant. Im Wert von 6,311 Mrd. Mark wurden in den letzten 30 Jahren Waffen an die Türkei geliefert, ein großer Teil davon wurde geschenkt. Drei Mal putschte in dieser Zeit das Militär, dreimal wurden nach kurzer Unterbrechung die Lieferungen fortgesetzt. Umfangreiche polizeiliche Ausbildungs-, Ausstattungs- und Amtshilfe sichern die Effektivität des türkischen Repressionsapparates.

1994:

Festnahmen 14.473
nach Festnahme Verschwundene 328
Morde unbekannter Täter 292
außergerichtliche Hinrichtungen, z.B. in Polizeihaft 298
Verhaftungen 1.209
Zahl der Gefolterten 1000
Gegen Zivilisten gerichtete Gewalttaten
458 Tote und 574 Verletzte
Gezielt zerstörte Dörfer 5000
Gezielte Waldverbrennungen 31
Verbote gegen Gewerkschaften, Parteien, Vereine 119
Bombenanschläge 191
Haftstrafen für Journalisten und Verleger 537 Jahre + 2 Monate
Geforderte Haftstrafen für Journalisten und Verleger 1081 Jahre + 6 Monate
Beschlagnahmte Publikationen 450
Verhaftete Schriftsteller, Abgeordnete, Künstler, Journalisten und Gewerkschaftler ca. 100



Kurdistan-Demonstration am 12.3.94 in Bonn   Quelle: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar / Roland Röder

FÜR DIE SOFORTIGE AUFHEBUNG DES VERBOTS DER PKK, ERNK UND ALLER KURDISCHEN VEREINE IN DEUTSCHLAND

Das Verbot vom 26. November 1993 setzte für Ankara ein klares politisches Signal: mit der Auslöschung des "kurdischen Terrorismus", wie der kurdische Freiheitskampf vom Nationalen Sicherheitsrat der Türkei bezeichnet wird, ist fortzufahren. Die außenpolitische Unterstützung des türkischen Regimes durch die BRD findet ihre Entsprechung in der Kriminalisierungs- und Verfolgungspolitik gegen die Nationale Befreiungsfront Kurdistans, ERNK, die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK sowie 35 weitere kurdische Organisationen und Vereine in der BRD; ausgegrenzt und kriminalisiert werden diejenigen, die den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan unterstützen und über die deutsche Mittäterschaft nicht schweigen.-



Kurdistan-Demonstration am 12.3. 94 in Bonn   Quelle: Ralf Schröder

Bereits 1989 wurde mit dem "Düsseldorfer Kurdenprozeß" der Versuch unternommen, die PKK bzw. Teile von ihr nach §129a als terroristische Organisation zu verbieten. Doch dieser, wesentlichen auf Kronzeugen gestützte, Prozeß endete für die Bundesanwaltschaft (BAW) mit einer Schlappe: nur 4 der ursprünglich 21 Angeklagten wurden überhaupt verurteilt.
Mit den Verboten von PKK, ERNK und 35 kurdischen Vereinen und Organisationen am 26.11.93 hat sich das deutsche Innenministerium ein Instrumentarium geschaffen, mit dem jegliche kurdische Kritik an der deutschen Unterstützung des türkischen Regimes kriminalisiert wird. Der Präsident des türkischen Verfassungsgerichts Y. Günger kommentierte diese Verbote damals folgendermaßen: "Deutschland hat mit Methoden, die nicht einmal der türkische Staat anzuwenden wagte, die kurdischen Organisationen innerhalb einer Nacht geschlossen." In der Folge wird die kurdische Bevölkerung in Deutschland mit mehreren 1.000 Ermittlungsverfahren überzogen, Veranstaltungen wie die Newroz-Feiern und Demonstrationen verboten oder von der Polizei aufgelöst, Vereine und Privatwohnungen überfallen. Im März `95 wurden abermals mehrere Vereine und das Kurdistan-Informationsbüro in Köln verboten, im Juni `95 der AGRI-Verlag in Köln verboten und über 15 t Material (darunter Videos, Bücher von Ismail Besikci und kurdische Schulbücher) beschlagnahmt. Am 1.7.'94 wurde in Hannover der 16jährige Kurde Halim Dener beim Plakatieren von ERNK-Plakaten von einem Zivilpolizisten erschossen.
Heute sind einige hundert Kurdinnen und Kurden aus politischen Gründen in deutschen Gefängnissen. Die BAW versucht erneut, in mehreren Verfahren nach § 129a die kurdische Bewegung in Deutschland als "terroristisch" zu kriminalisieren. In Großbritannien wurde zudem der Europasprecher der ERNK, Kani Yilmaz, inhaftiert, als er sich dort auf Einladung britischer Parlamentarier aufhielt. Die BAW fordert seine Auslieferung an Deutschland, um ihn als "Rädelsführer" nach §129a anzuklagen.

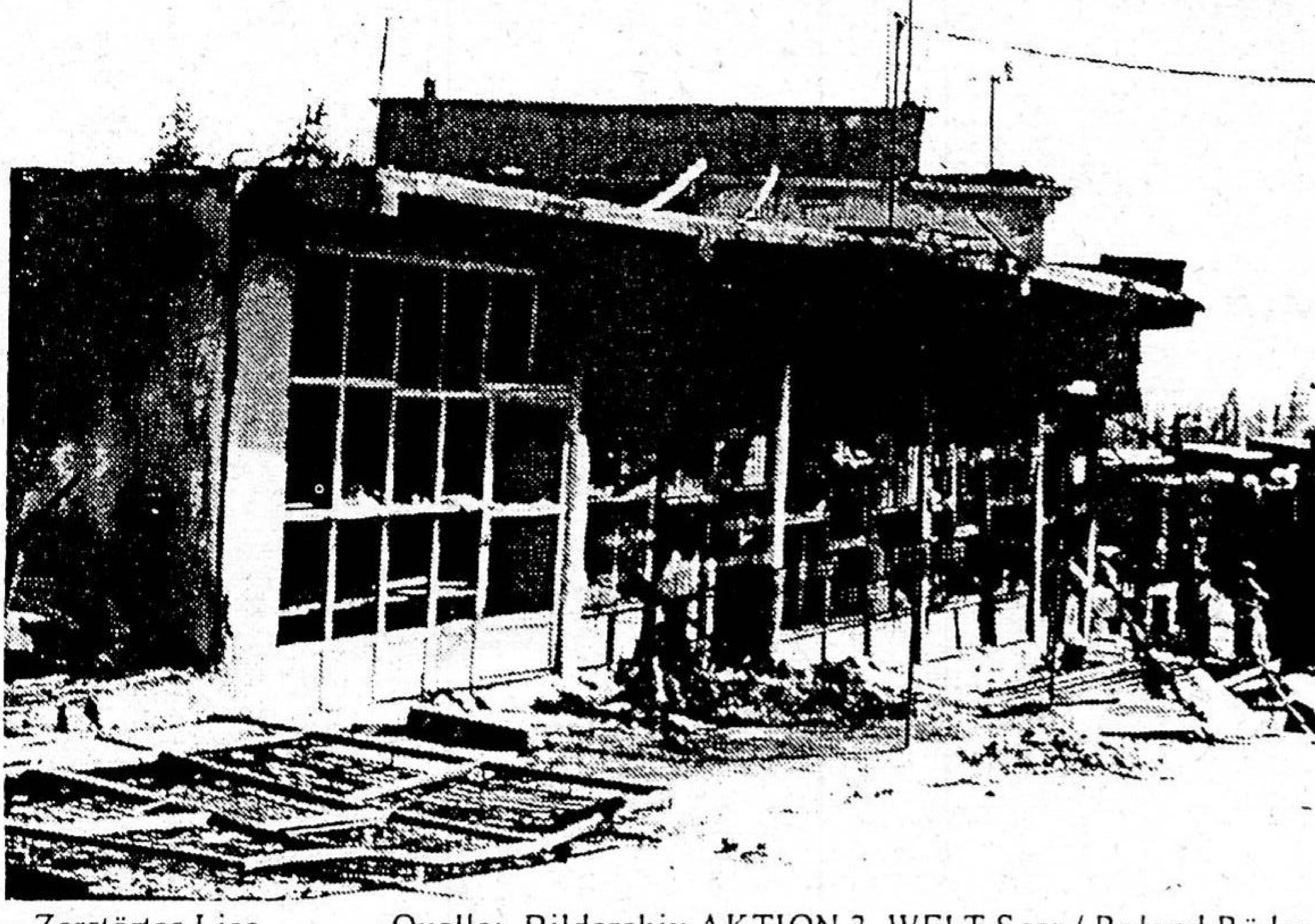
Auch am Ende des 20. Jahrhunderts wird Kurdinnen und Kurden das Recht auf Selbstbestimmung verweigert. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die PKK 1984 war das Ergebnis einer brutalen jahrzehntelangen Unterdrückung und Diskriminierung des türkischen Regimes. Die PKK wird heute von der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans als legitime Vertretung ihrer Interessen anerkannt. Ohne die PKK kann es daher keine Lösung für Kurdistan geben. Ihr langjähriger Kampf und Widerstand hat die "kurdische Frage" auf die Tagesordnung internationaler Politik gesetzt. Seit den Verboten 1993 werden in der BRD Veranstaltungen und Demonstrationen, bei denen Kurden und Kurdinnen ihre politische Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf und die PKK zum Ausdruck bringen wollen, verboten und pauschal kriminalisiert. Dadurch soll die Solidarität und kritische

Debatte um die Ziele und Realität des kurdischen Befreiungskampfes unmöglich gemacht werden. Fundamentale Menschenrechte, wie das der Meinungsäußerung, werden ihnen damit aberkannt.

Eine ganze Bevölkerungsgruppe soll mundtot gemacht werden. Ca. 500.000 Kurdinnen und Kurden leben in Deutschland. Die Verbote kurdischer Vereine und Organisationen sind ein Angriff auf das grundsätzliche Recht der Menschen auf politische Organisierung, auf das Recht der Presse- und Versammlungsfreiheit.

KEINE ABSCHIEBUNG IN DEN FOLTERSTAAT TÜRKEI

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen aus der Türkei und anderen europäischen Ländern haben nachgewiesen: die kurdische Bevölkerung wird in allen Regionen der Türkei verfolgt. Aber das Bundesinnenministerium drängt auf die weitere Abschiebung von Kurden und Kurdinnen, die hier ihr Recht zur Demonstration wahrnehmen und politisch aktiv den nationalen Befreiungskampf unterstützen. Bewußt wird von Bonn in Kauf genommen, daß die Abgeschobenen in der Türkei Haft und Folter zu erwarten haben. Die deutsche Innenpolitik entspricht nicht nur den neuen deutschen Macht- und Expansionsinteressen, sondern auch einer weit verbreiteten rassistischen Haltung: die Folklore fremder Länder ist in diesem Staat zwar willkommen, die politische Betätigung aber ist unerwünscht ist. Darüber hinaus ermuntert die deutsche Innenpolitik auch türkische Faschisten, immer brutaler gegen Kurden und Kurdinnen vorzugehen. Wir erinnern an die Ermordung von Seyfettin Kalan in Neumünster.



Zerstörtes Lice   Quelle: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar / Roland Röder

OB IN DIYARBAKIR, ISTANBUL ODER ANKARA, OB IN MÜNCHEN, BERLIN ODER BONN: FREIHEIT FÜR KURDISTAN

Es gibt Wege für eine Beendigung des Krieges in Kurdistan auf dem Verhandlungsweg. Die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, hat ihre Bereitschaft dafür mehrfach geäußert: auf der Internationalen Nordwest-Kurdistan-Konferenz im März 1994 in Brüssel wurde von der PKK ihre Verhandlungsbereitschaft vorgetragen. Abdullah Öcalan, der Generalsekretär der PKK, erneuerte dieses Angebot im April 1995 in einem Brief an die bundesdeutsche Regierung. Er forderte Bonn auf, sich direkt bei der türkischen Regierung und im Rahmen der zuständigen internationalen Gremien für politische Verhandlungen unter Einbeziehung der PKK einzusetzen. Eine Voraussetzung dafür wird sein, daß die bundesdeutsche Diffamierung der PKK als "terroristische Organisation" beendet und die Verbote gegen die PKK, ERNK und kurdische Vereine aufgehoben werden. Ohne die Rücknahme dieser Verbote, ohne massiven Druck aus Europa wird es keine Verhandlungslösung geben. Wir unterstützen die Forderung des Kurdistan Parlaments im Exil, als Verhandlungspartner anerkannt zu werden.



Deutscher BRT 60 Panzer bei Sirnak

Quelle: Bildarchiv AKTION 3. WELT Saar / Roland Röder

Wir stellen uns solidarisch an die Seite der verfolgten und kriminalisierten Kurden. Wir widersprechen dem offiziellen Kurs der Bonner Regierung und sagen:
Kurdistan muß frei sein!

Stopp der deutschen Waffenlieferungen und der militärisch-logistischen Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime

Aufhebung des Verbots der PKK, ERNK und aller kurdischen Vereine

Schluß mit der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland - Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen

Keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei

Anerkennung eines Beobachterstatus für das Kurdistan-Parlament im Exil bei den Vereinten Nationen

Freiheit für Kurdistan - Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf

Hoch die internationale Solidarität!

Der Aufruf wird unterstützt von:

AK "rechtsfreie" Uni Bonn; AK Kurdistan D'dorf; AK Kurdistan-Solidarität, Köln; AKKI - Antifaschistische Gruppe Kalk/Köln International; Antifa Bonn/ Rhein-Sieg; Antifa Jugendfront Uelzen; Aktionsbündnis gegen Rassismus Mannheim; Aktionskreis Solidarität D'dorf; Antifa AK Uni Köln; Antifa Liste Uni Köln; Antifa St. Augustin; Antifaprojekt FH Aachen; Antifareferat ASTA Uni Mainz; Antirassistische Gruppe Bonn (ArGiB); Antirepressionsgruppe Aachen; AK Kurdistan Köln; AK Kurdistan-Solidarität Siegen; AStA FH Aachen; AStA der GH Kassel; AStA Uni Köln; Autonome Antifa Mainz/Wiesbaden; AusländerInnenreferat ASTA Uni Mainz; autonomes Zentrum Bazille, Kassel; Autonomes Zentrum Aachen; Bayerischer Flüchtlingsrat; Bella, Hamburg; BUKO - Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Bündnis Grundrechte verteidigen, Frankfurt; Bündnis gegen Rassismus, München; Bunte Hilfe Stuttgart; Cafe nix da, Mainz; Demonstrationsvorbereitungs-plenum Frankfurt; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Mainz; Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Neuss; DKP KV-Köln; Dritte-Welt-Haus Frankfurt; Dritte-Welt-Laden Gelnhausen; Dritte-Welt-Laden Schwäbisch-Hall; FARA (Lesben/Frauen der feministischen, antifaschistischen, revolutionären Aktion)/ organisiert in der AA/BO; Flüchtlingsplenum Aachen; FrauenLesbenplenum Hamburg; Freundeskreis des kurdischen Volkes Mannheim; Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Gießen; Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes Mainz; GAJ - Grün-Alternative Jugend Schwäbisch Hall; Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen Köln; Gruppe gegen die KurdInnenprozesse Bremen; Jens Heitmann, Bonn; Hochschulantifa Mainz; Infoladen Köln; Informationsstelle Kurdistan e.V., Bonn; Initiativkreis Kurdistan Saarbrücken; iz3w Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg; Internat-Referat ASTA Uni Mainz; Ulla Jelpke MdB (PDS); JPE Jugend gegen Rassismus in Europa; Jusos Schwäbisch Hall; Komitee für die Freiheit von Mumia Abu Jamal, Stuttgart; Kurdistan Komitee Karlsruhe; Kurdistan Solidaritäts-Komitee Tübingen; Kurdistan Solidarität Uelzen; Kurdistan Solidaritätsbündnis Marburg; Kurdistan-AG am AStA der Uni Gießen; Kurdistan- Informationszentrum e.V., Köln; Kurdistan-Solidarität Nürnberg-Erlangen; Kurdistan-Solidaritätskomitee München; Libertad!; Linke Liste an der RWTH Aachen; Mainzer Flüchtlingsrat; medico international; PDS / Linke Liste, LV Nordrhein-Westfalen; PDS KV Bonn; Regionalplenum der Kurdistan Solidaritätsgruppen NRW; Kurdistan-Zentrum, Bonn; Redaktion "LiZ", Aachen; Rojda, kurdisch-deutscher Freundschaftsverein Konstanz; Rote Hilfe, OG Göttingen; Solidaritätsgruppe Kurdistan Oberhausen; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Bundesvorstand; Heinz Stehr, Sprecher der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP); StudentInnen-gruppe Kurdistan Kassel; Süddeutsches Regionalplenum der Kurdistan-Solidaritätsgruppen; Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK); Steffen Tippach MdB (PDS); Verein f. Kommunikation u. Kultur e.V., Mainz; VVN/BdA Schwäbisch Hall; Winfried Wolf MdB (PDS); YEK-KOM, Föderation der kurdischen Vereine in der BRD;

Die Demonstration wird unterstützt von:

AK gegen den Kurdenprozeß Frankfurt; Aktionsbündnis Freiheit für Kurdistan, Bremen; AL/AB Alternative Liste Antifaschistisches Bündnis Köln; JungdemokratInnen/Junge Linke NRW; K.O.K. roaches, Kaiserslautern; Kein Friede, Frankfurt; Rote Hilfe, Bundesvorstand; Sozialistische Selbsthilfe Köln Ehrenfeld (SSK);

antirassistische Aktion in Hamburg

an dem Hungerstreik gegen die Vernichtungspolitik des Türkischen Staates gegen die KurdInnen, gegen die Kriminalisierung durch die BRD sowie in Solidarität mit den ... Gefangenen im Hungerstreik in der Türkei. Bei der Auflösung des HS wurde Gülnaz Baghistani von den Bullen ermordet. Der Name des Genossen sowie Bilder des HS wurden im türkischen Fernsehen ausgestrahlt, sein Onkel darauf hin eingeknastet.
Die Verantwortung für seine Abschiebung liegt bei den zuständigen Hamburger Behörden.
Die Verantwortung trägt auch Wolfgang Prill maßgeblich als Staatsrat.

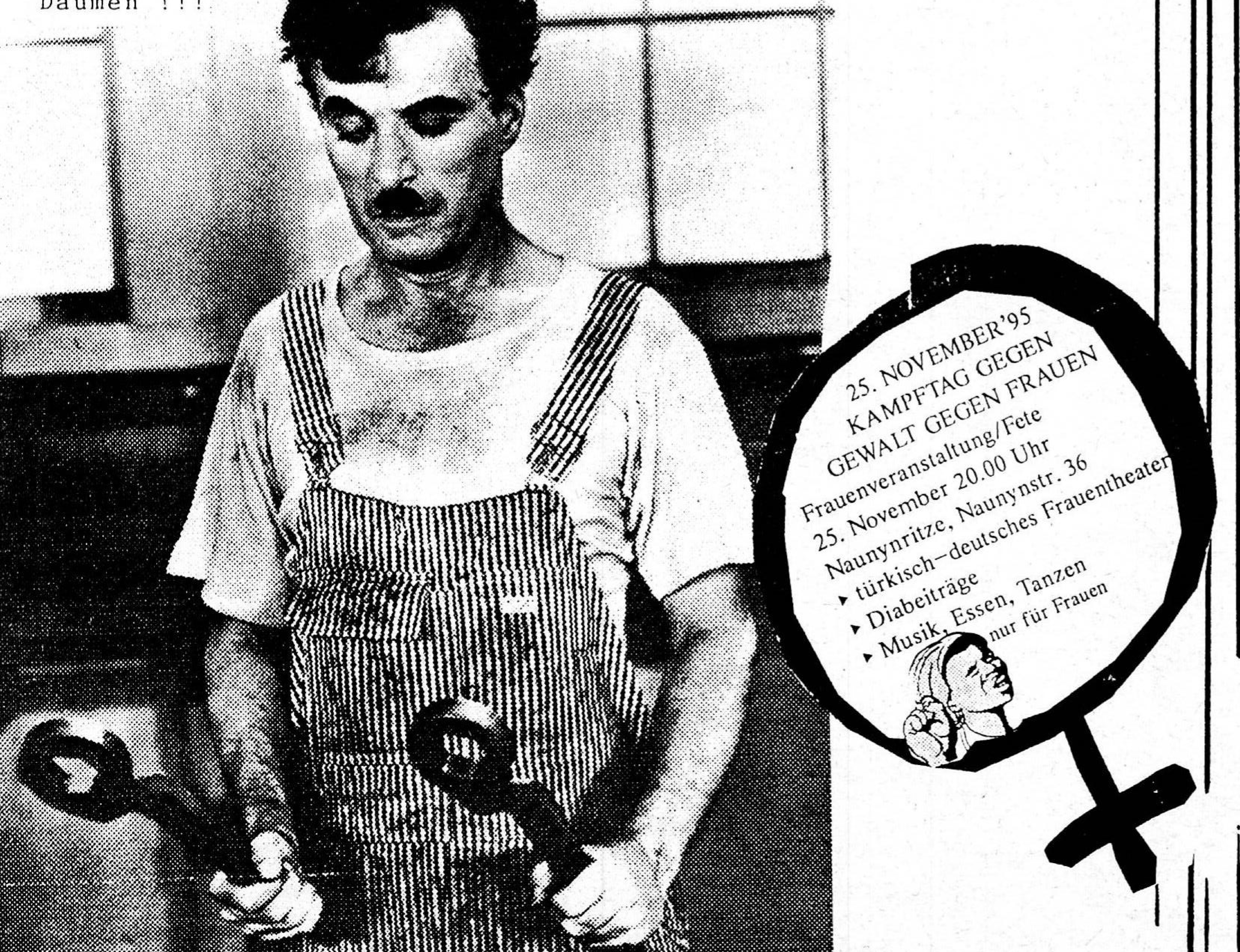
- GRENZEN AUF !!!

- BLEIBERECHT FÜR ALLE !!!

- Weg mit dem Abschiebeknast in Glasmoor und allen anderen Abschiebeknästen !!!

- Liebe und Kraft allen kämpfenden Gefangenen, insbesondere Werner, Ralf, Andreas, Rainer und Ulf !!!

- Denjenigen Genossen, die abtauchen mußten drücken wir die Daumen !!!





Demo in Berlin-Friedrichshain anläßlich des dritten Todestages des von Nazis ermordeten Silvio Meier

Am 25.11.1995 wird in Berlin Friedrichshain eine Demonstration zum Gedenken an den von Nazis ermordeten Antifaschisten Silvio Meier stattfinden. Die Demonstration wird unter dem Motto »Antifa heißt Angriff« stehen.
Am 21.11.1992 gegen 24 Uhr trafen Silvio und drei BegleiterInnen im U-Bahnhof Samariterstraße auf eine Gruppe von sieben Jugendlichen. Einer von ihnen trug einen Naziaufnäher. Es kam zu einer kurzen Rangelei. Dabei wurde der Aufnäher entfernt. Als Silvio und seine FreundInnen kurz darauf den U-Bahnhof verlassen wollten, wurden sie von den Jungnazis mit gezogenem Messer erwartet. Silvio erhielt fünf Messerstiche in Brust und Oberkörper. Zwei seiner Freunde wurden schwer verletzt. Silvio starb noch im U-Bahnhof.
Einige Tage später wurden die Nazis gefaßt. Ungeprüft veröffentlichte die Polizei die Lügen und Schutzbehauptungen der Nazis als tatsächlichen Tathergang. Folgerichtig wurde gegen die Antifas ein Ermittlungsverfahren wegen schwerer Körperverletzung eingeleitet.
In der ein Jahr später gegen drei der sieben Täter stattfindenden Gerichtsverhandlung wurden die Nazis zu geringen Haftstrafen bzw Bewährungsstrafen verurteilt.
Der Mord an Silvio war kein Einzelfall. Er reiht sich ein in eine Kette von Dutzenden Morden und Überfällen von Nazis gegen Nichtdeutsche, Linke und AntifaschistInnen.

Demonstrationskonzept:
Die Demonstration soll Ausdruck einer starken und offensiven antifaschistischen Politik hier in Berlin sein. Sie wird an Stätten des Antifaschistischen Widerstandes während des Nationalsozialismus sowie an aktuellen Treffpunkten von Nazis vorbeiführen. Die Demo ist bewußt relativ kurz gehalten. Am U-Bahnhof Samariterstraße, der erst in diesem Jahr durch den Mordversuch eines Polizisten an einem Vietnamesen wieder in die Schlagzeilen geraten war, wird die Abschlußkundgebung stattfinden. Ihre Spitze wird ein **geschlossener Antifablock** bilden. **Redebeiträge** sind zugesagt von der AntifaJugendFront zum Thema Organisierung, Antifa Friedrichshain (VVN) zum Folterkeller der SA im sog. wilden KZ »Keglerheim« Petersburger Straße, Jugendantifa Friedrichshain (JAF) zum Thema »Schreinerhof - Nazitreffpunkt im Friedrichshain«, Freunde und Freundinnen von Silvio zum Mord am 21.11.1992 und außerdem ein Redebeitrag zu Kriminalisierung und Durchsuchungen am 13.6.1995.

AufruferInnen: **Jugendantifa Friedrichshain (JAF), Antifa Jugendfront (org. in der AJ/BZ), Antifaschistische Aktion Berlin (org. in der AA/BO), Antifa Marzahn/Hellersdorf, Autonome Antifa Lichtenberg, AG Autonome Gruppen in und bei der PDS, Edelweißpiraten, Antifa Kontaktstelle AStA FU, SDJ-Die Falken Steglitz, Lunte Jugendantifa, FARA (org. in der AA/BO), Antifa Charlottenburg, Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)**

Demo
Samstag, 25.11.1995
14 Uhr
U5 Rathaus Friedrichshain

Mahnwache für Silvio
Dienstag, 21.11.1995
16 Uhr
U-Bhf. Samariterstraße

Kontakt: Jugendantifa Friedrichshain (JAF),c/o B. Setzer, Schreinerstraße 47, 10247 Berlin

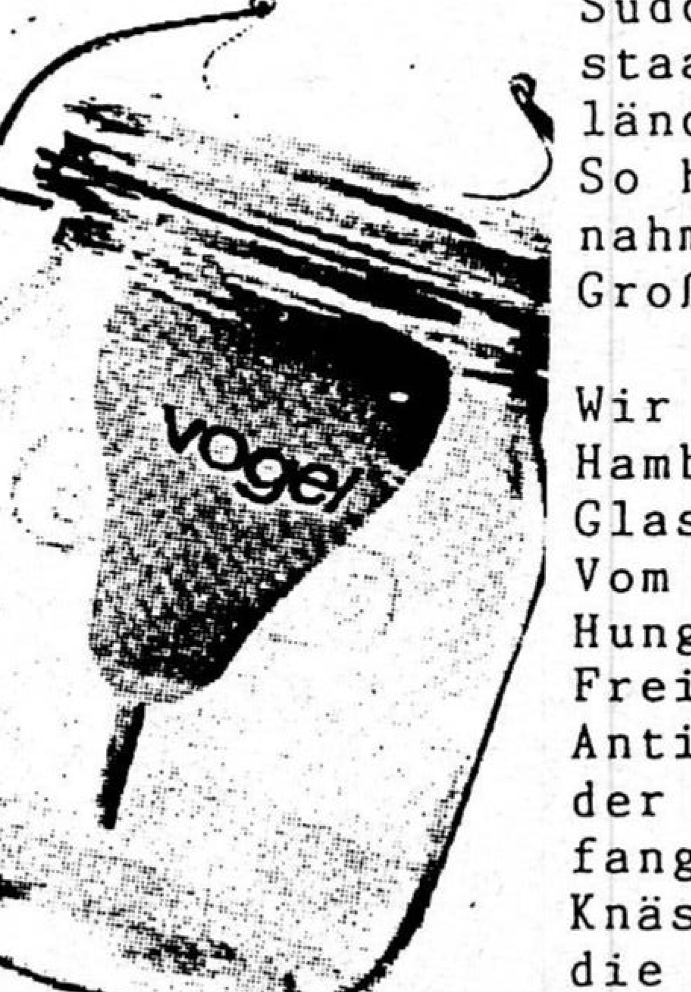
Wie dabei mutmaßliche Dealer erkannt werden, gab das Bullenschwein Ebel vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschußzum "Hamburger Polizeiskandal" zum besten: " Jeder Laie könne schwarze Dealer erkennen, da sie in der Regel Turnschuhe,bestimmte Mützen tragen würden und eine Dose Bier in der Hand halten würden."

Von Januar bis August 95 wurden 30595 Platzverweise von den Bullen erteilt, 155 gegen BewohnerInnen St. Georgs, was de facto einem 12-Stündigem Hausarrest gleichkam. Es gab über 100 bekanntgewordene Ingewahrsamnahmen, seit Juli werden auch Gebietsverbote für 6 Monate verteilt, wie es auch in Dortmund und Stuttgart praktiziert wird. Es wurden Leute daran gehindert zur Apotheke, ÄrztInnen und AnwältInnen zu gehen.
Seit August werden auch im Schanzenpark Platzverweise erteilt. 102 angebliche "Intensivdealer" wurden ermittelt, 20 abgeschoben. Mit der Einrichtung eines sog. richterlichen Präsenzdienstes ist die Innenbehörde bis jetzt noch nicht durchgekommen.Als Zugeständnis wurden jedoch die Arbeitszeiten des richterlichen Eildienstes verlängert, ein fliegender Beratungsdienst von Richtern und Staatsanwälten versorgt die Bullen mit rechtlichem Beistand.
Unterstützung findet das Konzept bei reaktionären Krämern und BewohnerInnen des Viertels, die sich auch einen privaten Sicherheitsdienst engagiert haben, Bürgerwehren ankündigen und von durch Drogendeal hervorgerufenen Ruin schwafeln. Aber auch der Hamburger Drogenbeauftragte gehört zu seinen Befürwortern und förderte "den Junks klarzumachen, daß sie sich sozialverträglich zu verhalten hätten und nicht einen ganzen Stadtteil in Angst und Schrecken versetzen dürfen."
Kritik wird nur vereinzelt geübt und dann oft mit der Forderung den Maßnahmenkatalog wasserdicht rechtlich abzusiuchern; vieles bewegt sich nämlich in einer rechtlichen Grauzone. Insbesondere die U-Haft für Jugendliche unter 16 ist rechtlich sehr umstritten die Praxis der Gebiets- und Platzverweise ebenso.
Wrocklage kündigte an, daß er notfalls auf eine Änderung des Hamburger SOG drängen würde, um den Bullen Rechtssicherheit zu verschaffen. Desweiteren ließ Prill verlauten, daß das ursprünglich zeitlich begrenzte Konzept auf jeden Fall weiter durchgeführt werden soll, falls nötig auch im Schanzenviertel, wo sich einige jetzt schon nicht entblöden Unterschriften gegen die Drogenszene am Schanzenbahnhof zu sammmeln. Angst wird auch durch Sensationsberichte der MOPO über notleidende Krämer und gefährdete SchülerInnen geschürt.
Der Innensenator besuchte wiederholt die Wache 11 in St. Georg um den BeamtInnen seine Rückendeckung zu geben, sowie sich deren Sorgen und Nöte zu Gemüte zu führen. Anläßlich dieser Besuche wurden die Bullen von ihm als hochmotiviert und engagiert bei der Arbeit gelobt-wo wir ja alle nur zu genau wissen, was sich hinter diesen Adjektüren verbirgt.
Der "Polizeiskandal"-die systematische Mißhanlung von Schwarzafrikanern auf der Wache 11, Scheinerschießungen etc.- ist kein Thema mehr. Lediglich das Farce-Feigenblatt PU beschäftigt sich damit- ohne Folgen versteht sich. Als eigendliches Opfer entpuppt sich nämlich die Polizei.
Mit großem Aufwand wurde eine Imagekampagne geführt (z.B. forderte die MOPO Hamburgs führende Werbeagenturen auf, ein Positivimage der Polizei zu kreieren, Restaurantbesitzer schalteten Solianzeigen in den Zeitungen): Der arme Bulle, von den PolitikerInnen im Stich gelassen, "rechtsunsicher", Überstunden schiebend aufopfernd seinen Dienst versehend, "unerträglichen Bedingungen in der viel zu engen Wache trotzend, konfrontiert mit einer "alles überwuchernden Drogenszene und einer überbor-









denen Folgekriminalität"(Wrocklage) asbestverseucht im Polizeihochhaus. Deshalb gibt es im nächsten Jahr eine neue Location für die 11er Wache und ein neues Polizeihauptquartier ist auch schon versprochen.
Schläger wie Ebel, (ehemaliger Chef vom Einsatzzug Mitte 2, ab Mitte 91 zuständig für die Einsätze der berüchtigten Koordinierungsgruppe Rauschgift KORA in St. Georg), rassistische Folterer wie Stapmanns (Schichtführer in St. Georg, noch gut bekannt aus seiner E-Schicht Zeit in St. Pauli) oder Vatteroth, der nicht nur an der Mißhandlung des Journalisten Neß, sondern auch an rassistischem Terror in der Wache 11, versehen weiter ihren Dienst oder treiben ihre Possen mit dem PUA.

Ein weiteres wichtiges Projekt stellte die Hamburger Innenbehörde auf der Innenministerkonferenz am 19.5.95 in Berlin vor. Auf Initiative Hamburgs wurde dort eine Expertenarbeitsgruppe damit beauftragt zu überprüfen, "ob und inwieweit es möglich ist in den Fällen ungeklärter Staatsangehörigkeit durch Abschluß von Rückführungsabkommen eine Rückführung auch ohne den Nachweis oder die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates in einen der Gesamtregion zuzurechnenden Vertragsstaat zu ermöglichen, da in einer Vielzahl von Fällen und mit steigender Tendenz es vollzihbar ausreisepflichtigen Ausländern gelingt, ihre Abschiebung durch Verschleierung ihres tatsächlichen Herkunftstaates zu vereiteln."
Damit soll perspektivisch in Recht gegossen und legalisiert werden, was jetzt schon zunehmend praktiziert wird: nämlich daß Flüchtlinge deren Nationalität nicht geklärt werden konnte einfach in ein mutmaßliches "Heimatland" abgeschoben werden.
So gab es Fälle, daß Menschen aus Angola, Gabun oder Ruanda nach Zaire deportiert wurden. Gängige Praxis ist auch, Flüchtlinge hier in der BRD in diversen Botschaften zwangsvorzuführen um schließlich irgendwann ein Reisedokument irgendeines Staates zu erhaschen, welches eine Deportation ermöglicht.
Es geht darum, wie PRO Asyl sich ausdrückt, "preiswerte Flüchtlingsparkplätze zu schaffen", Verwahrungszonen zu etablieren, in die beliebig froße Kontingente "unerwünschter, unidentifizierter Flüchtlinge" verschubt werden können. Das aktuelle Vorhaben zielt wahrscheinlich ergänzend zu den Rücknahmeabkommen mit Ost- und Südosteuropa, Vietnam etc, und dem Konstrukt von sicheren Drittstaaten, "Erstaufnahmeländern", "verfolgungsfreien Herkunftsländern", auf Deportationen größeren Ausmaßes nach Afrika.
So hat angeblich Gambia bereits signalisiert ein solches Rücknahme abkommen mit der BRD abzuschließen, für einen ominösen Großraum Westafrika.

Wir bestimmen unsere Aktion innerhalb der seit Ende August in Hamburg geführten Aktionswochen gegen den Abschiebeknast in Glasmoor.
Vom 1.10. bis 11.10. führten 12 Gefangene im Knast Glasmoor einen Hungerstreik, mit den Forderungen nach Bleiberecht und sofortiger Freilassung sowie Abschaffung aller Abschiebeknäste, durch. Antirassistische Gruppen sowie linksradikale Szene waren nicht in der Lage sie wirkungsvoll zu unterstützen.Der Großteil der Gefangenen, die sich am Hungerstreik beteiligten wurden in andere Knäste verlegt oder abgeschoben. U.a. wurden mehrere Kurden in die Türkei deportiert, darunter ein Genosse, der sich in Berlin

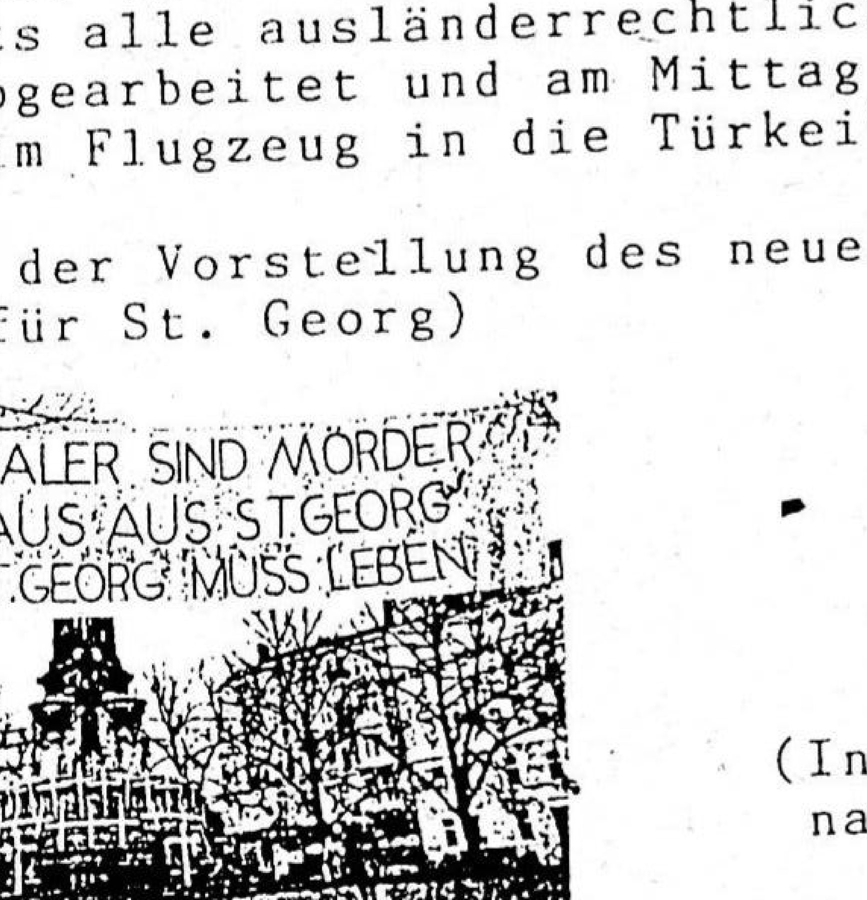
antirassistische Aktion in Hamburg

Zu der Aktion gegen Wolfgang Prill, Staatsrat der Innenbehörde in Hamburg


Wolfgang Prill

"Begeht einer wieder eine Straftat, sind bereits alle ausländerrechtlichen Schritte abgearbeitet und am Mittag sitzt der im Flugzeug in die Türkei"

(Prill bei der Vorstellung des neuen Polizeikonzeptes für St. Georg)



"Bei uns wird endlich wieder gelacht. Die Arbeit macht Spaß."

(Innensenator Wrocklage ein Jahr nach seiner Amtseinführung)


Wir hoffen, daß wenigstens heute morgen dem Staatsrat der Innenbehörde, Wolfgang Prill, Haubenlerchenweg 3a, Hamburg, [redacted] das Lachen vergangen ist- [redacted]
wurde [redacted] das Haus mit Steinen, Buttersäure und Farbflaschen versehen.

Prill ist ein Karrierrebürokratwie er im Buche steht. Im Sep-
tember 94 wurde der Verwaltungsfachmann anläßlich des "Hamburger
Polizeiskandals"von seinem alten Weggefährten, dem Innensenator
Wrocklage, als seine rechte Hand in die Innenbehörde geholt. Erst
im Januar 94 war er Staatsrat der Wirtschaftsbehörde geworden,
vorher arbeitete er u.a. als Senatsdirektor unter Wrocklage in
der Finanzbehörde.
Seit etwas über einem Jahr ist dieses Duo verantwortlich für die
Innenpolitik Hamburgs-somit für die tausenden von Abschiebungen
und die Ausgestaltung rassistischer Repression gegenüber Migrant-
Innen und Flüchtlingen in dieser Stadt.
Innovativ brachten sich diese beiden eigentlich "ressortfremden"
Techniker der Macht in ihren neuen Arbeitsbereich ein.
Zwei zentrale Vorhaben der Innenbehörde zur Perfektionierung
rassistischer Innenpolitik sollen hier erwähnt werden, bei beiden
ist Wolfgang Prill federführend.

Am 1.6.1995 wird das sogenannte "Handlungskonzept für die Polizei
in St. Georg" vorgestellt.
Es beinhaltet folgendes (ist zwar langatmig, zeigt aber die Reich
weite der Maßnahmen): erhöhte ständige Präsenz der Bereitschafts-
polizei, Aufstockung der E-Schicht der Kirchenalleewache auf 33
Beamte, vermehrte Razzien, permanente Anwendung von Ingewahrsam-
nahmen,Aufenthalts-oder Gebietsverbot, Verhängen von Zwangsgeld,
oder Erzwingungshaft bei Nichtbefolgung, schnellere Abschiebung
von "ausländischen Dealern", die Einrichtung eines sog. richterli
chen Präsenzdienstes (zur Absegnung von U-Haft, Festnahmen usw.)
die Einrichtung einer Gewahrsamssammelstelle in der Wache Sedan-
stasse, und wieder einmal die Aufstellung einer neuen "Antidrogen
einheit", der Eg 95/7.



Beklagt wird, daß nach Ansicht der Autoren Abschiebehaft für minderjährige "ausländische Dealer" zu selten angewandt wird. Von vornherein wird klargestellt und betont daß es sich um ein repressives Konzept handelt. Die in Aussicht gestellte Erhöhung der SozialarbeiterInnenstellen für den Stadtteil macht sich da noch nicht einmal als Feigenblättchen.
Ziel des Konzeptes istes polizeiliches Instrumentarium gegen mißliebige, unerwünschte Elemente, in erster Linie Flüchtlinge, auszuweiten, die Anzahl und Präsenz minderjähriger, sog. unbegleiteter Flüchtlinge über Bullenterror+ Abschiebung zu verringern und im gleichen Atemzug das durch den "Polizeiskandal" angeknackste Image der Hamburger Polizei wieder aufzupolieren. Die Innnenbehörde stellte klar, daß es darum gehe "die Verunsicherung in der Polizei abzubauen und die Führungs- und Handlungsfähigkeit wieder herzustellen."
Die Klientel sei aufmüpfig geworden. Insbesondere der Kampf gegen die "Intensivdealer" müsse verstärkt werden. Unter "Intensivdealer" versteht der Senat laut einer Antwort auf eine öffentliche Anfrage: diejenigen unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge, die innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten 5-mal innerhalb der Rauschgiftszene auffällig geworden sind(sic!) oder mindestens einmal nachweislich mit Rauschgift gehandelt haben oder denen mindestens drei Rauschgiftverkäufe nachweisbar waren, womit der Willkür Tür und Tor geöffnet sind. Eindeutig sind also minderjährige "unbegleitete Flüchtlinge als Ziel des Angriffs benannt.
Seit längerem jammert der Hamburger Senat darüber, daß die Hansestadt im Vergleich zu anderen Bundesländern unverhältnißmäßig mit jugendlichen unbegleiteten Flüchtlingen belastet (O-Ton) sei auf mehreren Innnenministerkonferenzen scheiterten die Hamburger Versuche minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge in das allgemeine Weiterleitungsverfahren einzubeziehen, im Klartext sie in andere Bundesländer zu verschieben. Das bundesweite sog. Asylbewerberquotenverteilungsverfahren wird auf sie nicht angewandt.
Nun wird auf eine Bundesinitiative gesetzt.
Schon seit Jahren gibt es nicht nur in der Hansestadt eine rassistische Mobilisierung, Flüchtlinge als Drogendealer, organisierte Kriminelle usw. zu brandmarken. Ein Gespenst geht um in Europa...
Das Stigma ist mittlerweile völlig festgeklopft, vergesellschaftet, die Gefahr verinnerlicht. In Hamburg richtet sich diese Mobilisierung vor allem gegen Schwarzafrikaner und Kurden, insbesondere gegen Jugendliche. Es wurde z.B. lanciert, daß die Mehrzahl jugendlicher Flüchtlinge aus Afrika und Kurdistan Dealer seien, sowie als Asylbetrüger den Deportationsbehörden falsche Angaben über ihr Alter sowie Herkunftsländer machen. Die Gehirnwäschemedien bauten in Hamburg geifernd die Gestalt des "Intensivdealers" auf; zuweilen auch "Babydealer" oder um das kriegerische in der Auseinandersetzung zu betonen "Frontdealer" genannt.
Diese heimtückische Figur nutzt die Lücken der Asylgesetzgebung und zerstört durch exzessiven Straßendeal die Hamburger deutsche Volksgesundheit, entweder auf eigene Rechnung oder gar angeleitet durch organisierte Banden. Zu belangen ist diese Schreckengestalt kaum, da durch z.B. ein zu liberales Jugendstrafrecht geschützt.
Nun sollen Asylverfahrensbeschleunigungen, Abschiebungen und die dafür zum Teil benötigte Durchführung von Altersfeststellungen (Röntgen der Zähne und Hände im UK Eppendorf) abhilfe schaffen.
Es herrscht in St. Georg ein den rassistischen Normalzustand überschreitender Ausnahmezustand für SchwarzafrikanerInnen, KurdInnen Menschen, die dem herrschenden Bild von Drogendealern entsprechen Innerhlb dieses Rasters kann es alle treffen, ob DrogenkonsumentInnen, Dealer, SpaziergängerInnen, BesucherInnen und BewohnerInnen St. Georgs.



In vielen Bereichen dieser Gesellschaft wird behinderten Menschen das Leben erschwert, z.Bsp. auf der Straße (durch blöde Sprüche/Blicke), von Behörden (Arbeit in Behindertenwerkstätten zu minimalen Taschengeldern, als unmündig erklärt),aber auch in der Linken werden behinderte Menschen diskriminiert. Ausgrenzung von Behinderten (in der Linken) muß Thema unserer Diskussion werden, deshalb suche ich Leute, die mit mir eine Behinderten-Aktionsgruppe machen, lernbehindert oder körperlich behindert oder Leute, die Lust haben , mit Behinderten was zusammenzumachen. Wir wollen uns jeden zweiten Montagnachmittag treffen, um gemeinsam was zu unternehmen. Zum Beispiel, in Aktionen praktisch was gegen Ausgrenzung zu machen, oder einfach nur zusammen ins Kino, Theater oder zu andern Veranstaltungen gehen, oder auch zusammen Ausflüge machen.
Hast du Lust dabei mitzumachen? Dann komm doch am **Montag, dem 20.November, um 16 Uhr in den Mehringhof.**

Christian Specht

Chaostag im Einkaufs-zentrum MERCADO

In Hamburg Altona am Samstag ,den 2. Dez. 1995 ab : 14°° Mercado ist ein scheiß Yupi EKZ und macht den Stadtteil kaputt!!! Wir laden euch ein zum Plündern & Rauben. Es erwarten uns mehr als 60 Fachgeschäfte in Weinachtlicher Dekoration (u.a. Schauland (Electronic Hightech) Weiss (Juwelier) Saleway (großartiger Party ...) und H&M (Popoklamotten)). Es finden folgende Wettbewerbe statt:
- Medienwirksames Freisetzen zerstörerischer VIREN
- Macht Mercado zu Mururoa!
- Schokokußwettessen bei Saleway
- Plündern im PUNKtesystem
- Einfangen gefährlicher Sicherheitsdienstler

Wahnsinn! Weltfischtagsfeierlichkeiten in Harburg!!!!

Sonntag, 3. Dezember:
13 Uhr nachmittags Treff für eine DEMO FÜR DIE SOZIALE REVOLUTION!!! (Vorplatz vom harburger Rathaus)
Freitag,1. Dezember:
Subkulturfest im HdJ Steinikestr. incl. viele Livebänds (Punk,Ska...)
& immer wieder: PUNKROCKFETE in Harburch!!

Zusatzinformationen für Auswärtige:
- Harburg liegt in Hamburg
- Pennplätze werden Freitach klargemacht
- zum HdJ kommt Ihr ab Busbf. Harburg mit dem 144,145 oder 245 (bis Harmsstr., dann geradeaus, rechts is dann Steinikestr.)

donnerstag, 16.11.	19.00	**FrauenLesbenAbend** im Infoladen Omega, Sparrstr. 21/U-Bhf Leopoldplatz
freitag, 17.11.		**PI-Radio Soli-Party** im Supermolli; Jessenerstr.41, Friedlhain
samstag, 18.11.	11.00	**bundesweite Demo:** "Freiheit für Kurdistan - Weg mit dem PKK-Verbot" in Köln, Ebertplatz
	19.00	**Zeitzeugengespräch** mit Bernhard Press, Überlebender des Rigaer Ghettos: im Kulturverein Centrum, Fehrbellinerstr.31/ Mitte
	22.00	**yorck-disco** + ak kraak 13, yorckstr.59 HH 2.OG
sonntag, 19.11.	16.00	**Infoveranstaltung** zur Demo am 25.11. "Antifa heißt Angriff". Haus an der B1, Alt-Kaulsdorf 43
	20.30	**kino:** "Die lange Canabisnacht", zwei Spiel- und Dokumentarfilme zum Thema Cannabis im K.O.B. . potsdamerstr. 157
montag, 21.11.	20.00	**"Freiheit für Benjamin"** Film über B.J. Vega + Kiezküche im Tomm Weißbecker Haus Wilhelmstr. 9; U- Hallesches Tor
dienstag 21.11.	20.00	**"Freiheit für Benjamin"** + **"Happy Birthday Haftbefehl"** Tommy Weißbecker Haus
	20.30	**"Phoolan Devi"** Film im Lichtblick-Kino; Wollinerstr. 19, Mitte
donnerstag 23.11.	19.00	**"Phoolan Devi - Rebellion einer indischen Banditin"** Lichtblick-Kino
	20.30	**"Happy Birhday, Haftbefehl, Radikal"** Film zur Geschichte der radi im Lichtblick-Kino
	21.00	**"Mumia Abu Jamal - Live from death row"** Lichtblick-Kino
samstag, 25.11.	20.00	**Frauenveranstaltung/Fete** "Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen" in der Naunynritze; Naunynstr. 36
dienstag, 28.11.	20.00	**"Freiheit für Benjamin"** +**"Happy Birthday Haftbefehl;** Tommy Weißbecker Haus

Außerdem: Die Shoah in Lettland: Ausstellung im Kulturverein Centrum, Fehrbelliner Str. 31 Berlin-mitte bis 30.1.: di-fr 16-19 Uhr sa+so 11-18 Uhr

und: Christiania- Der autonome Freistaat in Kopenhagen Film- und Informationstage 25.- 27.November im Lichtblick-Kino

Das Wort zum Donnerstag:

Neulich auf'm O-Platz...

Lausekalt war's. Kreuzberg ist auch nicht mehr das, was es mal war. Trotzdem kamen wohl an die 500 Anhänger der ehemaligen Berliner Häuserkampfbewegung. Zur termingerechten Gedenkveranstaltung dominierten die allseits bekannten und beliebten Folkloregruppen und junge Auswärtige das Geschehen. Fast so wie damals in der Mainzer... Auch Ort und Route waren passend gewählt: 13.00 Uhr O-Platz - und dann nix wie in den Osten. Dort läßt sich das revolutionäre Subjekt zwar auch nicht leichter finden, aber wenigstens Platz ist da - für Freiräume und selbstbestimmtes Leben. So wie damals in der Mainzer - als in einer Zeit epochaler gesellschaftlicher Umwälzungen der konsequente Bezug zu den sozialen Wirklichkeiten zugunsten gelebter Radikalität und selbstfixierter Ideale aufgegeben wurde. Die militärische Niederlage der Bewegung war letzten Endes nur der Ausdruck einer sich fast ausschließlich auf die eigenen Kräfte verlassenden Politik. Die oft beschriebene Ohnmacht nach der Räumung war gekennzeichnet durch die Sprachlosigkeit zum Ereignis selber, zur Stadtpolitik und zu den gesellschaftlichen Bedingungen des Anschlusses überhaupt.

Da wir unsere Kämpfe immer führen, um wenigstens aus den Fehlern zu lernen, bot sich also zum denkwürdigen Termin des 5. Jahrestages der Räumung die gute Chance zur gründlichen Reflexion und zukunftsweisender Perspektivbestimmung... Aber wie gesagt, es ging in Kreuzberg los. Die Redebeiträge beschworen als Konsequenz der vergangenen und zu erwartenden Rückschläge wieder entschiedener zusammenzurücken, ein solidarischeres Miteinander zu entwickeln und das Mobilisierungspotential der Scene restlos auszuschöpfen - denn gemeinsam sind wir stark. Auf die Idee sich mit den realen Bedingungen in den Kiezen auseinanderzusetzen, zu erkennen, daß Widersprüche zu herrschenden Politikformen nicht nur in der Scene existieren, kam niemand. Es ist schon ziemlich traurig, wenn uns zum Thema Leerstand nicht viel mehr einfällt, als dort die künftigen Orte "unserer" Freiräume zu vermuten. Das hat mit den Bedürfnissen der Leute in den Kiezen etwa genausoviel zu tun wie das Eigentümerverständnis von Leerstand als Modernisierungspotential. Gerade deshalb wäre es wichtig, von uns angesprochene Themen nicht nur an eigenen Kriterien zu messen, sondern in ihren sozialen Dimensionen zu begreifen. Der Leerstand von Wohnungen und Häusern wäre dann nicht nur ein Versuchsfeld unserer Utopien sondern Konfliktpotential für ganze Stadtteile. Denn als Orte der Aufwertung und somit als Vertreibungsgefahr sind Leerstände bestens geeignet, die Profitinteressen von Eigentümern mit den Bedürfnissen der einfachen Leute zu konfrontieren. An dieser Stelle ausschließlich eigene Wohn- und Arbeitsprojekte in den Vordergrund zu schieben, heißt, eine Chance von sozialer Mobilisierung auszulassen.

Allein in Anbetracht des aktuellen Kräfteverhältnisses scheint eine Orientierung an eigener Stärke und Mobilisierung wenig erfolgversprechend, zumal Vorstellungen gesellschaftlichen Wandels sich sowieso nicht mit einem "Häuflein Aufrechter" realisieren lassen. So richtig es ist, Hauptstadtwahn und Regierungsumzug zu thematisieren und überhaupt die Projekte der Herrschenden ins Fadenkreuz zu nehmen, ohne eine Vorstellung von breiterem Widerstand, wird es nur Protest geben. An den Mühen langweiliger Basisarbeit ohne vollmündige Revolutionsprognosen führt erst mal kein Weg vorbei. Solange wir es nicht schaffen, real existierende Initiativen und Auseinandersetzungen miteinander zu verknüpfen, müssen Veranstaltungen wie am letzten Sonntag als gemeinsamer Spaß, aber nicht als politische Aktion begriffen werden.

Aber Spaß haben ist ja auch wichtig, und am Ende kam sogar die Sonne.

M.u.s.c.h.e.l.n. a.m. U.f.e.r.

yorck-disco

rumhampeln nach musik

erlös ist für die finanzierung einer multifunktionalen Veranstaltungsetage

Samstag, 18. November

ab 22.00 uhr film: ak kraak 13

yorckstr. 59



HH 2.OG

fahrstuhl für rollstuhlfahrerInnen